



Adam Tooze

Ökonomie der Zerstörung
Die Geschichte der Wirtschaft im
Nationalsozialismus

Aus dem Englischen von
Yvonne Badal

Pantheon

Die Originalausgabe erschien 2006 unter dem Titel »*The Wages of Tyranny. The Making and Breaking of the Nazi Economy*« bei Allen Lane, London.

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und Data-Minings nach § 44 b UrhG ausdrücklich vor.
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

3. Auflage

Copyright © dieser Ausgabe 2018 by Pantheon Verlag

© 2006 by Adam Tooze

© 2007 für die deutschsprachige Ausgabe by Siedler Verlag, München,
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,

Neumarkter Straße 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Jorge Schmidt, München

Satz: Peter Palm, Berlin

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN: 978-3-570-55407-4

www.pantheon-verlag.de

*Dieses Buch ist meinen Großeltern
Peggy und Arthur Wynn gewidmet.
Sie waren mir immer ein Vorbild.*

Inhalt

- 9 Vorwort
- 19 Einführung

TEIL I

Erholung

- 59 »Jedem Arbeiter einen Arbeitsplatz«
- 93 Die Abkoppelung
- 127 Regime und Unternehmertum
- 167 Die budgetierte Volksgemeinschaft
- 201 Die »Erhaltung des Bauerntums«

TEIL II

Krieg in Europa

- 243 1936: Vier Jahre bis zum Krieg
- 289 »In der Gefahrenzone«
- 335 1939: Handeln statt abwarten
- 380 Va banque: Der erste Kriegswinter
- 428 »Sieg im Westen«
- 459 England und Amerika: Hitlers strategisches Dilemma

TEIL III

Weltkrieg

- 495 Vorbereitung auf zwei Kriege
532 Die Strategie des »Volkstumskampfes«
560 Dezember 1941: Der Wendepunkt
591 Arbeit, Brot und Völkermord
634 Albert Speer: Der »Wundermann«
677 Kein Raum für Zweifel
716 Der Zerfall
751 Das Ende

ANHANG

- 779 Dank
783 Anmerkungen
887 Literaturverzeichnis
908 Verzeichnis der häufigsten Abkürzungen
909 Verzeichnis der Schaubilder
910 Verzeichnis der Tabellen
920 Namenregister
927 Bildnachweis

Vorwort

Wie war das möglich? Im Jahr 1938 begannen die Machthaber des »Dritten Reiches« den zweiten blutigen Vernichtungsfeldzug Deutschlands im Laufe von kaum einer Generation. Zuerst schien es, als sei Hitlers Wehrmacht unaufhaltsam, besser vorbereitet und aggressiver als die Armee des Kaisers. Doch während Hitler von Sieg zu Sieg stürmte, mehrten sich auch seine Feinde. Zum zweiten Mal stieß Deutschland mit seinem Anspruch auf die Beherrschung des europäischen Kontinents gegen eine Mauer. Im Dezember 1941 befand sich das »Dritte Reich« nicht nur mit dem Britischen Empire und der Sowjetunion, sondern auch mit den Vereinigten Staaten im Krieg. Es sollte zwar noch drei schreckliche Jahre und fünf Monate dauern, doch der Untergang von Hitlers Regime kam, und er war weit verhängnisvoller als die Katastrophe, die das Kaiserreich ereilt hatte. Deutschland und weite Gebiete Ost- und Westeuropas lagen in Trümmern. Polen und die westliche Sowjetunion waren praktisch ausgeweidet. Frankreich und Italien schlingerten gefährlich nahe am Bürgerkrieg entlang. Den britischen, französischen und niederländischen Mächten war irreparabler Schaden in ihren Kolonien zugefügt worden. Die Tage Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande als Kolonialmächte waren gezählt, und als die Welt von dem unglaublichen Genozid erfuhr, den das »Dritte Reich« verübt hatte, wurde die einst so zuversichtlich beanspruchte Überlegenheit der europäischen Zivilisation ein für alle Mal in Frage gestellt. Wie war das möglich?

Menschen machen ihre eigene Geschichte. Auch der Ausgangspunkt für die Darstellung des nationalsozialistischen Reiches muss letztendlich immer der menschliche Wille sein – der individuelle wie der kollektive. Wenn wir die schrecklichen Taten des »Dritten Reiches« begreifen wollen, dann bleibt uns nichts anderes als der Versuch, die Täter zu begreifen. Wir müssen Adolf Hitler und seine Anhänger ernst nehmen. Wir müssen bestrebt sein, in ihre Denkweisen einzudringen und die dunklen Zwischenräume in ihrer Ideologie zu kartieren. Nicht umsonst war die Biografie – die individuelle wie die

kollektive – von jeher eine der erhellendsten Möglichkeiten, das »Dritte Reich« zu studieren. Doch wenn der Satz »die Menschen machen ihre eigene Geschichte« stimmt, dann stimmt auch, was Karl Marx weiter schrieb: »aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.«¹

Aber welche Umstände sind damit gemeint? Zur ziemlichen Überraschung aller, die Marx für einen simplifizierenden ökonomischen Deterministen hielten, ergänzte er seinen berühmten Aphorismus nicht mit einer Abhandlung über die Produktionsweise, sondern mit der Aussage, dass die »Tradition aller toten Geschlechter ... wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden« laste. Weltgeschichtliche Personen, »wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen«, beschwören »ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste« und entlehnen »ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen«. Hitler und seine Spießgesellen haben jedenfalls gewiss in einer derart selbstgestalteten Welt gelebt. Deshalb hat es auch seinen guten Grund, dass sich die jüngsten Schriften über das »Dritte Reich« so ausschließlich mit Politik und Ideologie befassen. Die Kulturkrise Europas im beginnenden 20. Jahrhundert, das Vakuum, das von den säkularisierenden Tendenzen des späten 19. Jahrhunderts hinterlassen wurde, die radikalisierenden Schrecken des Ersten Weltkriegs – all das bedarf der Aufmerksamkeit eines Historikers, wenn er ernsthaft die tieferen Motive des Nationalsozialismus ausloten will. Wie sonst sollten wir ein Regime begreifen, dessen zentrales Ziel die Vernichtung des europäischen Judentums war? Das damit einen Plan verfolgte, dem es scheinbar an jeglicher ökonomischer Logik mangelte? Das damit ein Projekt betrieb, welches unbegreiflich bleibt und überhaupt nur dann irgendwie fasslich wird, wenn man es als den Teil einer gewalttätigen Erlösungstheologie versteht?²

Die kulturelle und ideologische Richtung, die die Faschismusforschung einschlug, hat unseren Blick auf Hitler und sein Regime dauerhaft gewandelt. Heute kann man sich kaum noch vorstellen, dass es vor gar nicht so langer Zeit Historiker gab, die *Mein Kampf* als historische Quelle ablehnten und es sinnvoller fanden, Hitler bloß als einen weiteren opportunistischen Imperialisten zu betrachten. Diese Zeiten sind vorbei. Dank des Wirkens zweier Historikergenerationen können wir heute wesentlich besser beurteilen, auf welche Weise die nationalsozialistische Ideologie das Denken und Handeln

der NS-Führerschaft wie der deutschen Gesellschaft konditioniert hat. Doch während wir damit befasst waren, die ideologischen und politischen Kettfäden des NS-Regimes zu entwirren, blieben die Webfäden dieser Geschichte relativ unbeachtet. Am augenfälligsten ist die Tendenz, die Bedeutung der Wirtschaft herunterzuspielen oder gleich ganz zu ignorieren. Das war zwar sicher auch eine bewusste Abwehrreaktion, doch zu einem guten Teil beruht diese Marginalisierung der Wirtschaftsgeschichte auf einem hausgemachten Problem: Die statistische Terminologie, in die ein so großer Teil der Wirtschaftsgeschichte eingebettet ist, bleibt geisteswissenschaftlich gebildeten Forschern üblicherweise verschlossen; und es wurden von jeher viel zu geringe Anstrengungen beiderseits unternommen, um diese Kluft zu überbrücken. Letztendlich noch gravierender aber wirkte sich wahrscheinlich der Umstand aus, dass die sozioökonomische Analyse auch aus einem gewissen Verdruss heraus vernachlässigt wurde. Weil sich Historiker und Sozialwissenschaftler schon in den beiden ersten Generationen nach 1945 mit dem Konjunkturaufschwung im Nationalsozialismus oder mit der Geschichte der Kriegswirtschaft befasst hatten, war der Eindruck entstanden, dass es nun schlicht nichts Neues zu berichten gebe und alle großen Fragen bereits beantwortet seien.

Damit blieb uns eine Historiografie, die sich in zwei unterschiedlichen Tempi bewegte. Während sich unser Blick auf die Rassenpolitik und die inneren Funktionsweisen der deutschen Gesellschaft im Nationalsozialismus im Laufe der letzten zwanzig Jahre wesentlich gewandelt hat, konnte das historische Wissen um die Wirtschaftsgeschichte des NS-Regimes relativ wenige Fortschritte verbuchen, ausgenommen in der Unternehmensgeschichte. Mit dem vorliegenden Buch soll der so lange überfällige Prozess einer intellektuellen Angleichung der beiden Tempi in Gang gesetzt werden. Zu diesem Zweck werde ich viele archivarische und statistische Nachweise, die seit sechzig Jahren größtenteils unhinterfragt geblieben sind, neu bewerten und nicht nur mit der jüngsten historischen Forschung über das »Dritte Reich« ins Zwiegespräch bringen, sondern auch mit den Erkenntnissen der Wirtschaftshistoriker, die sich mit der volkswirtschaftlichen Dynamik der Zwischenkriegsjahre befassten. Im Anschluss daran wollen wir beurteilen, welches neue Licht damit auf einige der zentralsten Fragen über die Geschichte des Hitlerregimes geworfen wird. Wie konnten die während der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 entstandenen Risse in der globalen Machtstruktur dem Hitlerregime einen derart dramatischen Einfluss auf der Weltbühne verschaffen? Welcher Zusammenhang bestand zwischen den außerordentlich impe-

realistischen Ambitionen Hitlers, seiner Bewegung und der spezifischen Lage, in der sich die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft in den zwanziger und dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts befanden? Auf welche Weise haben die innenpolitischen und internationalen wirtschaftlichen Spannungen zu Hitlers Kriegstreiberei im Jahr 1939 und zu seinem rastlosen Drang beigetragen, den Krieg immer mehr auszuweiten? Wann und wie entwickelte das »Dritte Reich« die »Blitzkrieg-Strategie«, die weithin als das Markenzeichen seiner spektakulären Erfolge im Zweiten Weltkrieg gilt? Wieso konnte das »Dritte Reich«, nachdem das Prinzip des »Blitzkriegs« im Dezember 1941 vor den Toren Moskaus fehlgeschlagen war, noch fast dreieinhalb Jahre lang aller materiellen Übermacht seiner Feinde zum Trotz Krieg führen? Und was sollen wir von Albert Speer halten? In der jüngeren Vergangenheit zog diese eigentümliche Figur ungewöhnlich viel Aufmerksamkeit auf sich. Doch dabei standen letztlich nie seine Hauptfunktionen als Rüstungsminister im Vordergrund – was sicher bezeichnend für den Zeitgeist ist –, sondern vielmehr Fragen über seine Rolle als Hitlers Architekt, über seine persönlichen Kenntnisse vom Holocaust und über seine gequälten Versuche nach 1945, sich die Wahrheit irgendwie zurechtzubiegen. Dieses Buch ist das erste im Laufe von sechzig Jahren, das die Funktionsweisen der deutschen Kriegswirtschaft unter Speer und seinen Vorgängern wirklich kritisch betrachtet und ein gänzlich neues Licht auf den Einsatz wirft, mit dem Speer bis zum blutigen Ende versucht hat, das Regime seines Führers doch noch zu retten. Nur durch eine grundlegende Revision aller Fakten, die das »Dritte Reich« wirtschaftlich untermauerten, und nur wenn wir uns auf die Fragen von Land, Brot und Arbeit konzentrieren, können wir uns wirklich mit dem atemberaubenden Radikalisierungsprozess auseinandersetzen, der seine unbegreiflichste Manifestation im Holocaust fand.

Das primäre Ziel dieses Buches ist es also, den Wirtschaftskomplex vom Rand in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung mit dem Hitlerregime zu rücken, um uns mit Hilfe des wirtschaftshistorischen Blicks einen Reim auf all die politischen Historiografien machen oder die Thesen der Geschichtsbücher untermauern zu können, die im Laufe der letzten Generationen über das »Dritte Reich« geschrieben wurden. Und gewiss nicht weniger dringlich ist, dass wir unser Verständnis von der Wirtschaftsgeschichte des »Dritten Reiches« mit den subtilen und profunden Revisionen der europäischen Wirtschaftsgeschichte in Einklang bringen, die seit Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts verfasst, aber vom Mainstream der Geschichtsschreibung in Deutschland kaum wahrgenommen wurden.

Man darf wohl ohne Übertreibung sagen, dass die Historiker der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert zumindest von einem gemeinsamen Ansatzpunkt ausgehen: nämlich von der Prämisse, dass der deutschen Wirtschaft eine spezifische Kraft innewohnte. Zum Zeitpunkt von Hitlers »Machtergreifung« befand sich Deutschland inmitten einer schweren Wirtschaftskrise. Dennoch herrscht unter Historikern der Konsens, dass das Reich eine wirtschaftliche Supermacht in Wartestellung gewesen sei, eine Wirtschaftsmacht, die sich nur mit den Vereinigten Staaten vergleichen lasse. Ungeachtet aller Argumente über die Rückständigkeit oder Andersartigkeit der politischen Kultur Deutschlands blieb mehr oder weniger unhinterfragt die Ansicht bestehen, dass dem Reich eine eigentümliche wirtschaftliche Modernität zu eigen gewesen sei. Und diese Annahme wurde dann nicht nur zum Gerüst für einen Großteil der deutschen Sozialgeschichte, sie floss auch in die historische Aufarbeitung des außenpolitischen Imperialismus des »Dritten Reiches« ein. Tatsächlich war die Vorstellung von der angeblichen wirtschaftlichen Übermacht Deutschlands derart beherrschend, dass sie sich nicht nur auf die deutsche Geschichtsschreibung, sondern auch auf die Historiografien anderer Länder auswirkte. Über die längste Zeit des 20. Jahrhunderts nahmen Großbritannien, Frankreich, Italien und sogar die Vereinigten Staaten die deutsche Wirtschaft als Messlatte.

Aus dem Blickwinkel des beginnenden 21. Jahrhunderts ist es zuallererst einmal diese Prämisse, die unseres deutlichen Einspruchs bedarf. Nicht nur die realen Erfahrungen, die wir Europäer seit Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts machen, sondern auch die Studien einer ganzen Generation von Volkswirten und Wirtschaftshistorikern haben inzwischen den Mythos von der eigentümlichen wirtschaftlichen Überlegenheit Deutschlands erschüttert, wenn nicht demoliert. Wie sich herausstellte, berichtet die Meistererzählung über die europäische Wirtschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert von der Geschichte einer progressiven Annäherung an eine Norm, welche über die längste Zeit in dieser Periode nicht von Deutschland, sondern von Großbritannien gesetzt worden war, von einem Land also, das bereits im Jahr 1900 mit der ersten vollständig industrialisierten und urbanisierten Gesellschaft der Welt aufwarten konnte. Außerdem war Großbritannien bis 1945 nicht einfach nur ein europäischer Staat, sondern das größte Imperium gewesen, das die Welt je gesehen hatte. Als der Krieg 1939 begann, überstieg das kombinierte Bruttoinlandsprodukt der britischen und französischen Imperien das kombinierte BIP von Deutschland und Italien um 60 Prozent. Doch natürlich war die Vorstellung, dass Deutschland eine gewisse wirtschaftliche Überle-

genheit inhärent gewesen sei, keine reine Phantasie. Seit dem späten 19. Jahrhundert war das Deutsche Reich der Standort von weltweit konkurrenzlosen Industrieunternehmen gewesen. Es waren Markennamen wie Krupp, Siemens oder IG Farben, die dem Mythos von der Unbesiegbarkeit der deutschen Industrie sein Gewicht verliehen. Aus der Vogelperspektive betrachtet unterschied sich die deutsche Wirtschaft jedoch kaum vom europäischen Durchschnitt. Das deutsche Pro-Kopf-Volkseinkommen war in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts durchweg mittelmäßig gewesen, nach heutigen Begriffen vergleichbar mit dem des Iran oder von Südafrika. Der Konsumstandard, den die Mehrheit der deutschen Bevölkerung genoss, war bescheiden und lag hinter dem der meisten westeuropäischen Nachbarn zurück. In Hitlers NS-Staat lebte eine Gesellschaft, die erst zum Teil modernisiert worden war. 15 Millionen Menschen verdienten ihren Lebensunterhalt nach wie vor mit einem traditionellen Handwerk oder in der Landwirtschaft.

Das aus heutiger Sicht bestimmende Element der Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts war weder eine singuläre Dominanz des deutschen noch die Vorherrschaft irgendeines anderen europäischen Staates, sondern vielmehr die Tatsache, dass das »alte Europa« durch eine Reihe von neuen Wirtschaftsmächten, angeführt von den Vereinigten Staaten, in den Schatten gedrängt wurde. Um das Jahr 1870, zur Zeit der deutschen Reichsgründung also, waren die Bevölkerungszahlen der Vereinigten Staaten und des Deutschen Reiches in etwa gleich hoch, aber die Gesamtproduktion in Amerika trotz des vorhandenen Überflusses an Land und Ressourcen war nur um ein Drittel höher als die im Reich gewesen. Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs war die amerikanische Wirtschaft auf ungefähr das Doppelte der reichsdeutschen angewachsen. Im Jahr 1943, bevor das alliierte Flächenbombardement voll in Gang kam, belief sich die amerikanische Gesamtproduktion auf fast das Vierfache der Produktionsmenge im »Dritten Reich«.

Wir beginnen das 21. Jahrhundert mit einer gewandelten Auffassung von der deutschen Geschichte und mit einem anderen Blick, als ihn die Perspektive bot, aus der die Historie über die längste Zeit der vergangenen 100 Jahre geschrieben wurde. Erstens können wir heute die wirklich außergewöhnliche Position der Vereinigten Staaten in der modernen Weltwirtschaft wesentlich besser beurteilen. Zweitens lässt uns die gemeinsame europäische Erfahrung mit »Konvergenzen« einen eindeutig desillusionierten Blick auf die deutsche Wirtschaftsgeschichte werfen. Die grundlegende und vermutlich auch radikalste Behauptung dieses Buches ist jedoch, dass diese ineinander verzahnten Verschiebungen unserer historischen Perspektive von uns auch fordern, die

Geschichte des »Dritten Reiches« in einen anderen historischen Rahmen einzupassen. Dieser neue Rahmen hat allerdings einen ausgesprochen verstörenden Effekt: Er macht die Geschichte des Nationalsozialismus einerseits fasslicher, ja gewissermaßen auf unheimliche Weise zeitgenössischer, während er andererseits die Reliefs seiner fundamentalen ideologischen Irrationalität noch deutlicher hervortreten lässt. Die Wirtschaftsgeschichte des »Dritten Reiches« wirft nicht nur ein neues Licht auf die Motive für Hitlers Aggression, sondern auch auf die Gründe für ihre letztendliche Erfolglosigkeit und auf die Frage, warum sie unweigerlich zum Scheitern verurteilt war.

Amerika ist unser Dreh- und Angelpunkt. Historiker haben bei ihren Versuchen, Hitlers unbändige Angriffslust zu erklären, bislang immer unterschätzt, wie sehr er sich der Bedrohung bewusst gewesen war, die von den Vereinigten Staaten für sein Reich ausging, seit Amerika als die dominante globale Supermacht neben den europäischen Mächten die Bühne betreten hatte. Schon in den zwanziger Jahren hatte Hitler anhand zeitgenössischer Wirtschaftstrends vorausgesagt, dass die europäischen Mächte nur noch ein paar Jahre Zeit haben würden, um sich gegen das Unabänderliche zu wappnen. Außerdem war er sich der ungemein starken Anziehungskraft bewusst, die die amerikanische Überflusgesellschaft und ihr Lebensstil schon damals auf Europäer ausübten. Wie stark diese Attraktivität war, können wir mit unserem geschärften Blick für das Übergangsstadium, in dem sich alle europäischen Volkswirtschaften in der Zwischenkriegszeit befanden, heute noch viel besser beurteilen. Nicht anders als in vielen semi-peripheren Volkswirtschaften der Gegenwart war auch die deutsche Bevölkerung in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts bereits tief in die Warenwelt Hollywoods eingetaucht. Zugleich aber hausten Millionen zu dritt oder viert in einem Zimmer und verfügten weder über sanitäre Anlagen noch über Stromanschlüsse. Nach Annehmlichkeiten des modernen Lebens wie Radios oder elektrische Haushaltsgeräte konnte bestenfalls die Oberschicht streben. Das Originäre am Nationalsozialismus war, dass er sich nicht kleinlaut bereit zeigte, sein Land einer ökonomischen Weltordnung unterzuordnen, die von wohlhabenden englischsprachigen Staaten dominiert wurde. Hitler wollte sich vielmehr die aufgestauten Frustrationen seines Volkes zunutze machen, um dieser Ordnung Paroli zu bieten. Damit das gelänge, sollte sein Land letztlich nichts anderes tun, als es Europäer im Laufe der vergangenen drei Jahrhunderte in aller Welt getan hatten, nämlich sein eigenes imperiales Hinterland abzustecken. Mit einem letzten gewaltigen Griff nach Land im Osten sollte sich das Reich die Grundlagen für wirtschaftliche Unabhängigkeit und Wohlstand

verschaffen und die notwendige Plattform erwerben, um im bevorstehenden Wettkampf der Großmächte mit den Vereinigten Staaten obsiegen zu können.

Die Aggression des Hitlerregimes kann als eine Reaktion auf die Spannungen verstanden werden, die durch die ungleichen Entwicklungen im globalen Kapitalismus entstanden waren und bis heute spürbar sind. Aber unser Blick für die profunde Irrationalität von Hitlers Plänen schärft sich, wenn wir uns die fundamentale ökonomische Ausgangslage ins Bewusstsein rufen. Dieses Buch wird aufzeigen, welchen wahrhaft bemerkenswerten Feldzug das NS-Regime ab 1933 zum Zweck der Mobilisierung der deutschen Volkswirtschaft führte. Das Rüstungsprogramm des »Dritten Reiches« bedurfte des gewaltigsten Ressourcentransfers, der je von einem kapitalistischen Staat zu Friedenszeiten unternommen wurde. Dennoch war es Hitler nicht gegeben, das wirtschaftliche und militärische Kräfteverhältnis damit grundlegend zu verlagern. Die deutsche Volkswirtschaft war einfach nicht stark genug, um die militärische Macht aufzubauen, die notwendig gewesen wäre, um sämtliche europäischen Nachbarstaaten, inklusive Großbritannien und der Sowjetunion – ganz zu schweigen von den Vereinigten Staaten –, überwältigen zu können. Auch wenn Hitler in den Jahren 1936 und 1938 kurzfristig blendende Erfolge für sich verbuchen konnte, gelang es der Diplomatie des »Dritten Reiches« nicht, die internationale antisowjetische Allianz auf die Beine zu stellen, die Hitler in *Mein Kampf* angestrebt hatte. Konfrontiert mit einem Krieg gegen Großbritannien und Frankreich, war Hitler vielmehr gezwungen, sich im letzten Moment auf ein opportunistisches Arrangement mit Stalin einzulassen. Die zerstörerische Leistungsfähigkeit der deutschen Panzerkräfte, dieses Deus ex Machina der ersten Kriegsjahre, hat die Strategie des »Dritten Reiches« vor dem Sommer 1940 jedoch gewiss nicht beeinflusst, denn von diesem Potenzial sollte die deutsche Führung selbst überrascht sein. Und auch wenn die Siege der Wehrmacht in den Jahren 1940 und 1941 zweifellos spektakulär waren, brachten sie doch keine endgültigen Ergebnisse. Daraus ergibt sich die wahrlich schwindelerregende Schlussfolgerung, dass Hitler im September 1939 in den Krieg zog, ohne einen kohärenten Plan für den Sieg über seinen Hauptfeind, das Britische Empire, parat zu haben.

Warum ließ sich Hitler auf dieses abenteuerliche Vabanquespiel ein? Das ist mit Sicherheit die grundlegende Frage. Selbst wenn sich die Eroberung von »Lebensraum« als ein typisch imperialistisches Vorhaben rationalisieren lässt, selbst wenn man dem »Dritten Reich« eine wirklich bemerkenswerte Mobilisierungsleistung zuschreiben kann und selbst wenn deutsche Soldaten hervorragend gekämpft haben, so barg Hitlers Kriegführung doch derart große

Risiken, dass sie jedem Versuch spottet, sie als den Ausdruck von pragmatischen Eigeninteressen zu erklären.³ Genau an diesem Punkt können wir uns auch wieder dem Mainstream der Geschichtsschreibung anschließen und auf die überwältigende Bedeutung der Ideologie pochen. Es war die Ideologie, die Hitler mit der Zerrlinse ausstattete, durch die er das internationale Kräfteverhältnis und die Entwicklung des Kampfes betrachtete, der im Sommer 1936 mit dem Spanischen Bürgerkrieg in Europa begonnen hatte und immer globaler wurde. Hitler sah sein Reich durch die Vereinigten Staaten bedroht, aber nicht nur im Sinne einer konventionellen Rivalität zwischen Supermächten. Für ihn war es eine existenzielle Bedrohung, die untrennbar mit seiner anhaltenden Furcht vor einer Verschwörung des »Weltjudentums« verknüpft war, das sich ihm vor allem in Gestalt der »Wall-Street-Juden« und der »jüdischen Presse« in Amerika darstellte. Es war diese wahnwitzige Interpretation des realen Kräfteverhältnisses, die Hitlers Entscheidungsprozessen ihren so sprunghaften und risikobereiten Charakter verlieh. Aus seiner Sicht konnte sich Deutschland nicht darauf einlassen, ein wohlhabender Satellitenstaat der Vereinigten Staaten zu werden, so wie es das Schicksal der Weimarer Republik in den zwanziger Jahren gewesen zu sein schien, weil das zugleich die Unterwerfung unter das »Weltjudentum« und deshalb den Tod der »germanischen Rasse« bedeutet hätte. Angesichts des allgegenwärtigen Einflusses von Juden, den Hitler in den wachsenden internationalen Spannungen der späten dreißiger Jahre zu erkennen glaubte, war eine gedeihliche Zukunft Deutschlands als kapitalistischer Partner der Westmächte schlicht undenkbar. Krieg war unvermeidlich. Die Frage war nicht mehr ob, sondern nur noch wann.

Dies ist ein umfangreiches Buch. Und da es geschrieben wurde, um von vorne bis hinten gelesen zu werden, möchte ich nicht schon hier die Luft herauslassen, indem ich die Höhepunkte gleich auf den ersten Seiten verrate. Deshalb soll nur gesagt sein, dass die Geschichte, wie sie hier erzählt wird, neu ist, auch wenn ihre breiteren Konturen dank jahrzehntelanger Forschung hinlänglich bekannt sind. Mein Ziel ist es, dem Leser ein tiefgehendes und umfassenderes Eindringen in die Fragen zu ermöglichen, wieso sich Hitler an der Macht etablieren und wieso er die deutsche Gesellschaft derart für den Krieg mobilisieren konnte. Ich biete einen anderen Blick auf die Dynamik, die Deutschland in den Krieg führte, und werde nicht nur erklären, wieso Hitlers Reich bis 1941 erfolgreich kämpfen konnte, sondern auch, weshalb seine Kriegführung im russischen Schnee unvermeidlich an ihre Grenzen stoßen musste. Daran anschließend wird sich das Buch der Frage annehmen, die mit

Sicherheit noch immer jeden Historiker zum Thema »Drittes Reich«, besonders aber einen Wirtschaftshistoriker, vor die grundlegendste aller Herausforderungen stellt: Wie lässt sich der Holocaust erklären? Ich werde mich dabei sowohl auf archivarisches Material als auch auf die Forschungen einer brillanten Historikergeneration stützen. Doch mein Schwerpunkt wird auf den Zusammenhängen zwischen Hitlers Krieg gegen die Juden und den weiterreichenden imperialistischen Plänen des NS-Regimes liegen, für deren Umsetzung es sich der Zwangsarbeit bediente und das Projekt der willentlichen Aushungerung ganzer Völker ins Leben rief. Aus dem Blickwinkel der nationalsozialistischen Führung gab es nicht nur einen spezifischen Grund, sondern eine ganze Reihe von unterschiedlichen ökonomischen Gründen für den Völkermord. Abschließend werde ich auf den entscheidenden Kapiteln über die Jahre 1939 bis 1942 aufbauen und die außergewöhnlich gewaltsamen Maßnahmen beschreiben, mit denen das Regime sein Kriegsstreben noch drei bittere Jahre lang aufrechterhalten konnte. Und im Zentrum dieser Geschichte stand ganz fraglos Albert Speer.

Wer schon jetzt ungeduldig auf konkretere Schlussfolgerungen wartet, der möge zum Ende des Buches weiterblättern, wo eine kurze Zusammenfassung von zumindest einigen Schlüsselaspekten dieser Historie angeboten wird. Dort findet sich auch ein Literaturverzeichnis. Eine noch umfangreichere Bibliografie sowie weitere wirtschaftshistorische Quellen über das »Dritte Reich« können auf meiner Homepage abgerufen werden: www.hist.cam.ac.uk/academic_staff/further_details/tooze.html.

Adam Tooze

Februar 2007

Einführung

Ein Schluss lässt sich beim Blick auf das 20. Jahrhundert kaum vermeiden, nämlich, dass die deutsche Geschichte von zwei Themen beherrscht wurde. Zum einen findet sich das Streben nach wirtschaftlichem und technischem Fortschritt, das Deutschland während der längsten Zeit des Jahrhunderts neben den Vereinigten Staaten und gegen Ende auch Japan, China und Indien zu einer der größten Volkswirtschaften der Welt machte. Zum anderen findet sich das Streben nach Krieg in einem nie gekannten Ausmaß.¹

Für die Entfesselung des ersten vernichtenden Weltkriegs im 20. Jahrhundert war Deutschland wesentlich verantwortlich gewesen, für den zweiten trug es die alleinige Verantwortung. Mit einem Großfeldzug zum Zweck eines Völkermords, der in seiner Intensität, seinem Ausmaß und seiner Vorsätzlichkeit seinesgleichen sucht, überschritten Hitler und sein Regime alle Grenzen des Krieges. Deshalb wollten die Besatzungsmächte nach der zweiten Katastrophe im Jahr 1945 sicherstellen, dass Deutschland nie mehr eine Wahl haben würde. Auch wenn sportliche, technische, wissenschaftliche und kulturelle Aktivitäten Schritt für Schritt wieder als Ausdrucksformen des nationalen wie individuellen Charakters zugelassen wurden und auch wenn die deutsche Politik in den späten sechziger Jahren wieder mehrdimensionaler wurde, war das nationale Leben nach 1945 doch vom entpolitisierten Streben nach materiellem Wohlstand geprägt, auf jeden Fall im Westen Deutschlands.² Die Kapitulation im Jahr 1918 war bei Weitem nicht so absolut gewesen wie die im Jahr 1945. Daher waren die Schlüsse, die nach der ersten Kapitulation von den Deutschen wie von ihren einstigen Feinden gezogen wurden, auch entsprechend zwiespältig. Nach dem Ersten Weltkrieg war die deutsche Politik in vieler Hinsicht ungewöhnlich gewesen, nicht zuletzt weil die deutsche Wählerschaft in der Weimarer Republik die politische Wahl zwischen einem friedlichen Streben nach nationalem Wohlstand oder einem militanten Nationalismus hatte, der mehr oder weniger offen die alten Feindseligkeiten gegenüber Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten

propagierte. Da sich der größte Teil dieses Buches mit den Maßnahmen befassen wird, die Hitler traf, um die deutsche Wirtschaft für die Verwirklichung seines Dranges nach der letztgenannten Option einzuspannen, scheint es doch angebracht, hier erst einmal die Alternative zu seiner Vision klarzustellen und festzustellen, wie sie von den katastrophalen Ereignissen, die zu Hitlers »Machtergreifung« führten, aus dem Blickfeld gedrängt werden konnte.

Es wäre natürlich falsch, wollte man die Kontinuitäten in Abrede stellen, die alle deutschen Beteiligten an der strategischen Debatte in den zwanziger und dreißiger Jahre mit dem imperialistischen Erbe der Wilhelminischen Zeit verbanden.³ Feindselige Gefühle gegenüber den Franzosen und Polen oder imperialistische Pläne gegen die deutschen Nachbarn in West wie Ost waren nichts Neues. Doch wenn man diese Kontinuitäten zu sehr in den Vordergrund stellt, dann läuft man leicht Gefahr, die transformierenden Einflüsse der Niederlage vom November 1918 und der anschließenden traumatischen Krise auf die deutsche Politik zu übersehen. Die Agonie erreichte ihren Höhepunkt im Jahr 1923, als die Franzosen mit dem Ruhrgebiet das Kernland der deutschen Industrie besetzten. Im Laufe der folgenden Monate lancierte Berlin eine Kampagne für den passiven Widerstand der Massen, während das Land in einer Hyperinflation und einem derart gewaltigen politischen Chaos versank, dass im Herbst 1923 sogar das Überleben des deutschen Nationalstaats als solchem in Frage gestellt war.⁴ Die strategischen Debatten in Deutschland hatten sich ihrem Charakter nach völlig verändert. Einerseits hatte die Krise von 1918 bis 1923 einem Ultrationalismus in Form der radikalen DNVP und Hitlers NSDAP zum Aufschwung verholfen, der in seiner Intensität apokalyptischer war als alles, was es vor 1914 gegeben hatte. Andererseits hatte sie einen echten Neuanfang in der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik bewirkt. Die Vertreter dieser Alternative zur nationalistischen Militanz wollten zwar ebenfalls eine Revision der belastenden Bedingungen des Versailler Vertrags erreichen, aber eben nicht durch ein Vabanquespiel mit militärischer Macht. Die Weimarer Außenpolitik setzte ihre Prioritäten bei der Wirtschaft, dem einzigen Gebiet, auf dem Deutschland noch immer Einfluss in der übrigen Welt ausüben konnte. Vor allem aber versuchte sie die Sicherheit und Hebelkraft der Republik durch den Aufbau von Finanzbeziehungen zu den Vereinigten Staaten und durch eine engere industrielle Anbindung an Frankreich zu verstärken. Einige Schlüsselaspekte dieser Strategie nahmen tatsächlich die Politik vorweg, die die Bundesrepublik nach 1945 verfolgen sollte. Jedenfalls genoss diese Politik den Rückhalt aller Weimarer Koalitionsparteien – der Sozialdemokraten, der linksliberalen DDP und der

katholischen Zentrumspartei. Personifiziert wurde sie durch Gustav Stresemann, den Mitbegründer der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) und deutschen Außenminister von 1923 bis 1929.⁵

Nachdem sich die Lage im Jahr 1924 stabilisiert hatte, bot sich mit den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 zum ersten Mal der gesamten deutschen Wählerschaft die Gelegenheit, ihr Urteil über die Leistungen der Weimarer Republik und Stresemanns Außenpolitik zu fällen. Seinen Wahlkampf hatte Gustav Stresemann in Bayern zu führen beschlossen. Und München war natürlich auch das bevorzugte Revier der Randpartei NSDAP, deren Vorsitzender Adolf Hitler nun die Aufmerksamkeit der Wähler zu erregen hoffte, indem er mit Stresemann die Klängen kreuzte. Den bayerischen Wählern wurde also höchst dramatisch vor Augen geführt, welche Unterschiede es zwischen Stresemanns Vorstellungen für Deutschlands Zukunft, die auf vier Jahren eines friedlichen ökonomischen Revisionismus beruhten, und Hitlers Ideen gab, die auf der stürmischen Verurteilung aller Fundamente der Weimarer Außen- und Wirtschaftspolitik beruhten. Sowohl Hitler als auch Stresemann nahmen diesen Wettstreit ernst. Stresemann fand es zwar angebracht, seinen Zuhörern zu erklären, dass Hitler letztlich nur ein Spinner sei, gab aber immerhin zu, dass er sich doch die Zeit genommen habe, wenigstens eine seiner öffentlichen Reden nachzulesen, um auf die Argumente vorbereitet zu sein, denen er sich ausgesetzt sehen könnte.⁶ Hitler nutzte die Auseinandersetzung mit Stresemann hingegen, um die außen- und wirtschaftspolitischen Ideen, die er 1924 in der Haftanstalt Landsberg in *Mein Kampf* eingebracht hatte, weiter auszuformulieren.⁷ Das Ergebnis war ein Manuskript mit entscheidenden Passagen aus seinen Wahlkampfreden, das Hitler im Sommer 1928 fertiggestellt hatte und das als sein »Zweites Buch« in die Geschichte eingehen sollte.⁸

I

»Politik und Völkerpolitik ist heute in erster Linie Weltwirtschaftspolitik«: Diese Meinung äußerte Gustav Stresemann erstmals als ehrgeiziger junger Abgeordneter der Nationalliberalen Partei im Wilhelminischen Reichstag.⁹ Das war keine reine Rhetorik, sondern eine Erkenntnis, die tief in seiner Biografie wurzelte.¹⁰ Stresemann war 1878 in Berlin als Sohn eines unabhängigen Bierhändlers geboren worden, der eines der beliebtesten Weißbiere der Hauptstadt vertrieb, und musste miterleben, wie das Geschäft des Vaters von

der Konkurrenz der größeren Brauereien massiv unter Druck gesetzt wurde. Als Einziger von sieben Geschwistern besuchte er die Universität; sein Studium schloss er mit einer Dissertation über »Das Wachstum der Berliner Flaschenbier-Industrie« ab. Im Jahr 1901 begann er sich als Syndikus des Verbands sächsischer Industrieller für die Interessen der exportorientierten Hersteller einzusetzen und lobbyierte gegen die maßlosen Forderungen der Schwerindustrie wie der protektionistischen Agrarier. Sowohl nach seiner Lesart der Wirtschaftsgeschichte als auch nach seinen eigenen Erfahrungen mit praktischer Handelspolitik war Stresemann überzeugt, dass die drei großen Industriewirtschaften Großbritannien, Deutschland und die Vereinigten Staaten die beherrschenden Kräfte des 20. Jahrhunderts sein würden. Natürlich waren die Wirtschaftsgroßmächte konkurrenzorientiert, aber in funktionaler Hinsicht doch auch zwangsläufig aneinandergekettet. Deutschland brauchte Rohstoffe von den Exportmärkten in Übersee, um das Volk in Lohn und Brot stellen zu können. Das britische Imperium war zwar in einer besseren Ausgangslage, was die Rohstoffe betraf, brauchte jedoch seinerseits Deutschland als Exportmarkt. Stresemann war auch schon früh davon überzeugt gewesen, dass das Erscheinen der Vereinigten Staaten als vorherrschende Kraft auf der Weltwirtschaftsbühne die Wettbewerbsdynamik unter den europäischen Mächten dauerhaft verändern würde.¹¹ Das heißt, er ging davon aus, dass das europäische Kräfteverhältnis im 20. Jahrhundert vor allem von den Beziehungen der konkurrierenden europäischen Staaten zu den Vereinigten Staaten bestimmt sein würde. Und mit Sicherheit verkannte er nicht, welche machtpolitischen Faktoren das militärische Gewicht und der öffentliche Wille darstellten. Beim Wettkampf um den Bau von Schlachtschiffen, der nach dem Stapellauf der britischen *Dreadnought* eingesetzt hatte, zählte Stresemann zu den unbeirrbar Befürwortern einer großen Reichsflotte, weil er glaubte, dass Deutschland den Briten nur dann den Rang streitig machen könnte, wenn es den Überseehandel eines Tages mit einer eigenen Seemacht sichern würde. Seit 1914 zählte er außerdem zu den aggressivsten Befürwortern eines totalen U-Boot-Krieges. Doch selbst in seinen annexionistischsten Momenten war Stresemann primär von einer wirtschaftlichen Logik motiviert, die sich ganz auf die Vereinigten Staaten konzentrierte.¹² Die Ausweitung des deutschen Hoheitsgebiets durch die Eingliederung von Belgien, der französischen Küste bis Calais, Marokko und zusätzlichen Gebieten im Osten fand er nur »notwendig«, weil sie Deutschland eine adäquate Plattform für den Wettbewerb mit Amerika verschaffen konnte. Keine Volkswirtschaft, die nicht über einen garantierten Markt von mindestens 150 Millionen Ab-

nehmern verfügte, würde sich mit den Vorteilen der Massenproduktion messen können, die Stresemann mit eigenen Augen im industriellen Kernland der Vereinigten Staaten gesehen hatte.

Ganz zweifellos war Stresemann im Herbst 1918 von der plötzlichen Niederlage Deutschlands zutiefst schockiert gewesen. Jedenfalls brachte sie ihn an den Rand des psychischen wie physischen Zusammenbruchs. Sein Vertrauen in das Militär als einem Mittel der Machtpolitik war grundlegend erschüttert, ganz gewiss was Deutschland betraf. Noch entscheidender aber war, dass die Niederlage auch Zweifel am gesellschaftlichen und politischen System Deutschlands bei ihm geschürt hatte, eben weil es sich als weniger widerstandsfähig erwiesen hatte als das englische oder französische. Aber letztlich bekräftigte das nur seinen Glauben an die bestimmende Kraft der Ökonomie. Die Weltwirtschaft war das einzige Gebiet, auf dem Deutschland wirklich unentbehrlich war. Bereits im April 1919 hatte Stresemann angesichts der militärischen Schwäche seines Landes gefordert, die Leistungskraft der Großkonzerne zur Grundlage der deutschen Außenpolitik zu machen. »Wir brauchen heute Kredit im Auslande. Das Reich hat keinen Kredit [...], aber der Privatmann, die einzelne große Firma hat noch Kredit. Dieser Kredit gründet sich auf die unbegrenzte Hochachtung der Welt vor den Leistungen der deutschen Industrie, des deutschen Kaufmanns.«¹³ Der springende Punkt war, dass die Wirtschaft das einzige Gebiet zu sein schien, auf dem Deutschland noch eine Beziehung zu den Vereinigten Staaten und ergo der einzigen Macht aufbauen konnte, die in der Lage war, Deutschland ein Gegengewicht zu der Aggression der Franzosen und dem Desinteresse der Briten zu bieten. Von genau dieser Vision einer transatlantischen Partnerschaft waren alle Handlungen Stresemanns motiviert, sowohl während seiner kurzen, aber entscheidenden Amtszeit als Reichskanzler im Jahr 1923 als auch in seiner Zeit als Außenminister zwischen 1924 und 1929. Indem er den Sturm an nationalistischer Empörung aussaß, dem ruinösen passiven »Ruhrkampf« gegen die französische Besatzung ein Ende machte und gleichzeitig Deutschlands Bereitschaft zu Reparationszahlungen signalisierte, bewies er auch seine Bereitschaft zur Anbindung Deutschlands an die Vereinigten Staaten.

Doch natürlich zahlte er dafür einen Preis, denn vom selben Moment an sollte er sich ständig dem Vorwurf ausgesetzt sehen, der »Kandidat von Frankreichs Gnaden« zu sein.¹⁴ Und diese Anschuldigung gewann noch mehr Gewicht, als sich Stresemann entschied, lieber eine Taktik der Kooperation als eine der Konfrontation einzuschlagen, um den Rückzug der französischen Truppen aus dem Rheinland zu beschleunigen.¹⁵ Natürlich hätte nichts der

Wahrheit ferner liegen können als dieser Vorwurf. Stresemann war in jeder Hinsicht ein überzeugter Deutschnationaler. Er sollte sich nie von den annexionistischen Positionen distanzieren, die er im Laufe des Ersten Weltkriegs adaptiert hatte, weil er keinen Grund sah, sie zu bereuen. Ebenso wenig war er je bereit, die Ostgrenze zu Polen, die 1921 durch Plebiszit und die Entscheidung des Völkerbunds definiert worden war, als eine langfristige Lösung zu akzeptieren. Seine Strategie verließ sich darauf, die verzahnten Interessen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs zu manipulieren, und war einfach nur komplexer als die konfrontativen Methoden, die von den Ultrationalisten favorisiert wurden.

Der erste Erfolg von Stresemanns Strategie war das Dawes-Komitee, das 1924 in Paris zusammentrat. Es sollte eine praktikable Lösung ausarbeiten, die Reparationsleistungen von Deutschland gewährleistete, ohne gleich die finanzielle Stabilität des Landes zu gefährden.¹⁶ Der Vorsitzende dieses Sachverständigenrats war General Charles G. Dawes, ein Bankier und Industrieller aus Chicago, der im Ersten Weltkrieg für die Nachschubversorgung der amerikanischen und alliierten Armeen verantwortlich gewesen war. Doch der eigentliche Architekt dieses Plans war Owen Young, der Aufsichtsratsvorsitzende von General Electric und als solcher ein führender amerikanischer Industrieller.¹⁷ General Electric war eng mit der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG) verbunden, Deutschlands zweitgrößtem elektrotechnischen Mischkonzern. Tatsächlich sollten Dawes und Young die Hoffnungen, die Stresemann in die Vereinigten Staaten setzte, denn auch mehr als erfüllen: Die unmittelbaren Reparationsforderungen wurden auf eine Annuität von 2,5 Milliarden Goldmark im Vorkriegswert gesenkt und erst ab 1928/29 für fällig erklärt. Die J. P. Morgan-Bank bewegte die Wall Street derweil zu einem begeisterten Vertrauensvotum und ermöglichte damit einen ersten, gewaltig überzeichneten Kredit in Höhe von 100 Millionen Dollar. Kaum konnte die Reichsmark wieder im Wechselkursverhältnis der Vorkriegszeit gegen Gold-dollar getauscht werden, war es mit der Instabilität der deutschen Währung vorbei.¹⁸ Zusätzlichen Schutz garantierte der so genannte Reparationsagent, ein junger Wall-Street-Star namens Parker Gilbert, der den Transfer von Reparationszahlungen jederzeit stoppen konnte, wenn er die Stabilität der deutschen Währung dadurch bedroht sah. Somit waren die Forderungen der europäischen »Reparationsgläubiger« zu Sekundäransprüchen auf die Finanzen Deutschlands degradiert worden. Zwar drängte das amerikanische Kapital daraufhin nicht gleich nach Deutschland, wie manchmal behauptet wird,¹⁹ doch angesichts des andauernden Zinsgefälles zwischen den Vereinigten Staa-

ten und Deutschland – wo ja alle Ersparnisse in der Hitze der Hyperinflation evaporiert waren – sahen die Kreditbedingungen eindeutig günstig aus. Zwischen Oktober 1925 und dem Jahresende 1928 war der Zufluss ausländischen Kapitals sogar so stark, dass Deutschland Reparationen leisten konnte, ohne Leistungsbilanzüberschüsse erwirtschaften zu müssen. Den Briten und Franzosen kam das natürlich sehr gelegen, da sie somit auf den Zahlungen Deutschlands bestehen konnten, ohne ihre eigenen Märkte für Waren im Gegenwert von mehreren Milliarden Goldmark öffnen zu müssen. Und Washington wurde es dadurch möglich, auf der Bedienung der Schulden zu beharren, die Frankreich und England während des Krieges bei den Vereinigten Staaten angehäuft hatten.

Dieser Ringelpietz – Deutschland borgte sich Geld von den Amerikanern, um die Briten und Franzosen bedienen zu können, die mit diesem Geld dann ihrerseits die Amerikaner bedienten – schürte zwar auf allen Seiten Ängste,²⁰ erfüllte aber seinen Zweck. Der US-Kongress beharrte auf einer so vollständigen Bedienung der interalliierten Kredite wie nur möglich,²¹ die neuen amerikanischen Geldgeber strichen satte Profite in Deutschland ein, und in der Weimarer Republik herrschte ein beträchtlich höherer Lebensstandard, als es möglich gewesen wäre, wenn man das Land gezwungen hätte, seine Reparationsleistungen aus dem Exportüberschuss zu bestreiten. Hjalmar Schacht, der von Stresemann im November 1923 als Reichsbankpräsident eingesetzt worden war, äußerte sich tief besorgt über die ständig anwachsende internationale Schuldenlast Deutschlands.²² Doch er teilte Stresemanns strategische Vision: je höher der Einsatz Amerikas in Deutschland, desto größer Washingtons Interesse, dass Großbritannien und Frankreich die amerikanischen Investitionen in Deutschland nicht mit überzogenen Reparationsforderungen gefährdeten. Reduziert man die Strategie der Deutschen auf den einfachsten und zynischsten Nenner, dann bestand sie darin, unter der Protektion des Reparationsagenten so große Kredite in Amerika aufzunehmen, dass der Dienst an diesen Schulden jede Reparationszahlung unmöglich machte.²³ Subtiler noch: Stresemann und Schacht wollten erreichen, dass die finanziellen Interessen der USA zum wesentlichen Auslöser für eine Revision der deutschen Reparationen würden, was Berlin wiederum die Möglichkeit verschaffte, seine Beziehungen zu London und Paris zu normalisieren. Ende der zwanziger Jahre schien diese Rechnung denn auch tatsächlich aufzugehen. Im Jahr 1928 begann nicht Deutschland, sondern vielmehr Amerika und hier vor allem Benjamin Strong, der Chairman der Federal Reserve Bank, auf Neuverhandlungen der Reparationspflichten Deutschlands vor dem Inkraft-

Tabelle 1. Schuldenaufnahmen im Ausland: der Stand der Auslandsschulden Deutschlands im Frühjahr 1931 (in Mio. Reichsmark)

	Langfristig	Kurzfristig	Gesamt
USA	5.265	3.143	8.408
England	1.100	2.053	3.153
Niederlande	1.174	2.069	3.243
Schweiz	512	1.878	2.390
Andere	1.494	2.826	4.320
Total	9.545	11.969	21.514

Quelle: C. R. S. Harris, *Germany's Foreign Indebtedness*, Oxford, 1935, S. 9, 95.

treten der vollen Dawes-Annuitäten zu drängen.²⁴ Strong tat das nicht aus Liebe zu Deutschland. Er tat es, um den gewaltigen amerikanischen Einsatz in der deutschen Wirtschaft nicht zu gefährden. Eine ausgewachsene Krise in Deutschland hätte schnell eine ganze Reihe von amerikanischen Großbanken destabilisieren können.

II

Im Fall von Stresemann ergeben sich unsere Interpretationsprobleme aus der Tatsache, dass seine Taktiken geradezu unheimliche Ähnlichkeiten mit den Strategien aufwiesen, auf denen die Stabilität der Bundesrepublik nach ihrer Gründung beruhte. Die Interpretation der Visionen Hitlers stellt uns vor genau das umgekehrte Problem: Hitler lebte in einem absonderlichen, festungsartig bewehrten geistigen Universum, mit dem wir ringen, um es begreifen oder auch nur mit dem gebührenden historischen Ernst behandeln zu können.

Man ist leicht versucht, die so völlig unterschiedlichen Weltbilder Hitlers und Stresemanns von ihren ebenso unterschiedlichen Lebensgeschichten abzuleiten. Hitlers Schwierigkeiten, einen Platz in dieser Welt für sich zu finden, sind allseits bekannt und bedürfen hier keiner Neuauflage.²⁵ Jedenfalls standen sie gewiss im deutlichen Kontrast zu der Geschichte von Stresemanns gesellschaftlichem Aufstieg. Für beide Männer war der Erste Weltkrieg ein Wendepunkt gewesen, doch während Stresemanns chronisch schlechte Gesundheit den aktiven Militärdienst verhinderte, hatte Hitler den Krieg im

Schützengraben erlebt. Angesichts dieser Fakten ist nicht überraschend, dass es Stresemann sogar während der alpträumhaften Jahre 1918 bis 1923 gelingen konnte, seinen bürgerlichen Optimismus im Kern zu bewahren, während Hitlers Denken düstere Volten zu schlagen begann. Trotzdem waren Hitler und Stresemann Produkte ein und derselben politischen Kultur. Beide vertraten die weit verbreitete Ansicht, dass der Erste Weltkrieg das Ergebnis eines imperialen Konkurrenzkampfes gewesen sei.²⁶ Beide beschuldigten insbesondere England, den Krieg in dem bewussten Versuch angezettelt zu haben, Deutschland als Wirtschafts- und Marinekonkurrenten lahmzulegen. Im Fall von Stresemann wurde diese von so vielen geteilte Vorstellung eines militärisch-ökonomischen Wettstreits allerdings durch seine spezifische Sicht auf die Verflechtungen im Weltwirtschaftssystem abgemildert, vor allem durch die Bedeutung, die er den Vereinigten Staaten als Gegengewicht zu Großbritannien und Frankreich zuschrieb. Hitlers Perspektive war wesentlich aggressiver: Die liberale Ideologie von einem Fortschritt, der durch Fleiß, harte Arbeit und freien Handel zuwege gebracht werden könne, betrachtete er als eine typische »jüdische Lüge«. Jeder Versuch des deutschen Volkes, sein Heil durch Fleiß und Handel zu finden, konnte aus seiner Sicht nur zum Konkurrenzkampf mit den Engländern zwingen, und damit wäre Deutschland mit derselben Konstellation wie im August 1914 konfrontiert gewesen – mit einer übermächtigen kontinentalen Allianz, die von den jüdischen Bankiers in London ausgeheckt und finanziert werde. Die »jüdische Weltverschwörung«, von der er nicht nur Washington und London, sondern auch die bolschewistische Diktatur beherrscht sah, würde Deutschland erneut in die Knie zwingen.

Der alles entscheidende welthistorische Faktor war aus Hitlers Sicht weder Arbeit noch Fleiß, sondern der »Lebenskampf« um das knappe täglich Brot.²⁷ England konnte sich im Freihandel versorgen, doch nur, weil es sich bereits mit militärischer Gewalt ein Imperium erobert hatte. Was das deutsche Volk brauchte, um sich ebenfalls einen anständigen Lebensstandard zu sichern, war deshalb »Lebensraum«. Und der war nur durch einen Eroberungskrieg zu gewinnen. Überseekolonien waren ein leidenschaftlich diskutiertes Thema im Wilhelminischen Reich gewesen, bedeuteten für Hitler aber nur, dass kostbares deutsches Blut auf der ganzen Welt vergossen werden müsste. Deshalb favorisierte er die Eroberung des angrenzenden »Lebensraums« im Osten. Gewiss gab es auch in dieser Hinsicht Ähnlichkeiten mit den Vorstellungen der Annexionisten. Nach dem Frieden von Brest-Litowsk hatte Stresemann ebenfalls von einem deutschen »Großraum« im Osten ge-

träumt. Doch sein vordringlichstes Ziel war die Erschaffung eines Marktes gewesen, der groß genug sein sollte, um es mit den Vereinigten Staaten aufnehmen zu können. Hitler hingegen wollte das Land, aber nicht dessen Bewohner. Er beabsichtigte mit seinen Eroberungsplänen nicht, eine Bevölkerung aus »Untermenschen« hinzuzugewinnen. Wer in den Gebieten lebte, die er sich aneignen wollte, der musste verschwinden. Aus seiner Sicht hatte es der bürgerlichen Regierung des Kaiserreichs nur an Mut für eine derart radikale »Volkstumspolitik« gegenüber der großen polnischen Minderheit im östlichen Grenzgebiet gefehlt. Wenn Deutschland obsiegen wollte, dann gab es für ihn keine andere Alternative als eine unnachgiebige Eroberungs- und Entvölkerungspolitik. Krieg war Deutschlands Schicksal. Tatsächlich scheint sich Hitler längst konkret mit den diversen mehr oder weniger systematischen Schritten befasst zu haben, die er zu diesem Zweck nötig fand – angefangen bei der Eingliederung Österreichs ins Reich, gefolgt von der Unterwerfung der wichtigsten mitteleuropäischen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, darunter vorrangig der Tschechoslowakei, und gipfelnd in einer Abrechnung mit den Franzosen.²⁸ Damit glaubte er den Weg frei für einen Durchmarsch in den Osten. Doch natürlich wollte Hitler die Konstellation des Ersten Weltkriegs nicht wiederholen, deshalb war England für ihn ja auch so ausschlaggebend. Er ging davon aus, dass seine Expansionsstrategie auf dem europäischen Kontinent – im Gegensatz zu einer exportorientierten Politik, die zwangsläufig mit dem globalen Einflussbereich des Britischen Empires in Konflikt geraten müsste – keine fundamentale Bedrohung für England darstellen würde, da die Hauptinteressen der Briten außerhalb Europas verankert seien. Bei dem strategischen Konzept, das Hitler in den zwanziger und beginnenden dreißiger Jahren entwickelte, war es von ganz grundlegender Bedeutung, dass sich Deutschland eine vorherrschende Position in Europa sichern konnte, ohne mit Großbritannien in Konflikt zu geraten. Tatsächlich verkehrte er Stresemanns Logik sogar ins Gegenteil, da er ja von der Prämisse ausging, dass England das Reich früher oder später als einen Bündnispartner in dem Wettkampf gegen die Vereinigten Staaten betrachten würde, dem man sich unausweichlich ausgesetzt sehen werde.

Wie so viele Millionen deutschsprachiger Jungen hatte auch Hitler in seiner Jugend begeistert die Germanenwestern von Karl May verschlungen.²⁹ Erst unmittelbar nach dem Weltkrieg sollte seine Faszination mit Amerika ihre düstere Färbung annehmen, insbesondere im Hinblick auf Präsident Wilson, der ja seit Versailles zum Hassobjekt fast jedes Deutschen geworden war. Im Jahr 1923 schrieb Hitler: Die Tatsache, dass Deutschland bereit gewe-

sen sei, sich dem Wohl und Wehe eines »Halunken wie Wilson« auszusetzen, »der mit einem Stab von 117 jüdischen Bankiers und Finanzleuten nach Paris gekommen« sei, lasse sich nur mit dem Anfall der zeitweiligen völligen Umnachtung erklären, die das Land wegen des stechenden Hungers durch die englisch-jüdische Blockade befallen habe.³⁰ Bei den strategischen Visionen, die er im Jahr darauf in *Mein Kampf* festhielt, spielten die Vereinigten Staaten noch kaum eine Rolle. Drei Jahre später war diese Vogel-Strauß-Politik angesichts der wachsenden Einflussnahme der Vereinigten Staaten auf die Angelegenheiten Deutschlands nicht mehr möglich. Es entging Hitler nicht, dass die USA eine Wirtschaftsmacht geworden waren, mit der zu rechnen war, auch wenn sie noch keinen militärischen Faktor bei den inneren Angelegenheiten Europas darstellten. Tatsächlich hatte der bemerkenswerte industrielle Fortschritt in den Vereinigten Staaten die Parameter des Alltags im »alten Europa« längst verändert. In einem Absatz, der gewiss eine Schlüsselpassage seines »Zweiten Buches« darstellt, erklärte Hitler selbst:

Der heutige Europäer träumt von einem Lebensstandard, den er ebenso sehr aus den Möglichkeiten Europas wie den tatsächlichen Verhältnissen Amerikas ableitet. Die internationalen Beziehungen der Völker sind durch die moderne Technik und den durch sie ermöglichten Verkehr so leichte und innige geworden, daß der Europäer als Maßstab für sein eigenes Leben, ohne sich dessen oft bewußt zu werden, die Verhältnisse des amerikanischen Lebens anlegt.³¹

Es überrascht nicht, dass Hitler die Dominanz der amerikanischen »Motorindustrie« besonders ins Auge fiel. Hitler war ein Autonarr. Doch was ihm bei der Niederschrift seines »Zweiten Buches« besonders große Sorge bereitet hatte, waren die strategischen Auswirkungen der amerikanischen Führerschaft in diesem entscheidenden neuen Industriesektor. Die Europäer vergäßen bei ihrer Sehnsucht nach einem künftigen Wohlstand amerikanischen Stils in den eigenen Ländern allzu leicht, dass »das Verhältnis der Volkszahl zur Grundfläche des amerikanischen Kontinents ein unendlich günstigeres ist«. Der gewaltige Wettbewerbsvorteil der Amerikaner auf dem Gebiet der Industrietechnik sei vor allem der »Größe des eigenen inneren Absatzmarktes« und dem »Reichtum desselben an Kaufkraft und aber auch wieder an Rohstoffen« zu verdanken. »Die Größe und der Reichtum ihres Binnenmarktes gestatten dabei Produktionsziffern und damit Produktionseinrichtungen, die das Fabrikat so sehr verbilligen, daß trotz der enormen Löhne

eine Preisunterbietung gar nicht mehr möglich erscheint.«³² Mit anderen Worten: Eine Produktion à la Ford erforderte »Lebensraum«.

Während Stresemann den Aufstieg der Vereinigten Staaten also als einen stabilisierenden Faktor in der europäischen Binnenpolitik betrachtete, erhöhte er für Hitler nur den Einsatz, der für das Überleben der »germanischen Rasse« im »Volkstumskampf« zu zahlen sein würde. Hitler glaubte ohnedies nicht, dass dieser Kampf auf europäische Regionen begrenzt bleiben konnte, und war zudem überzeugt: »Die allerletzte Entscheidung über den Ausgang des Kampfes um den Weltmarkt wird bei der Gewalt und nicht bei der Wirtschaft selbst liegen.«³³ Selbst wenn Deutschlands Unternehmer erfolgreich wären, würde sich das Reich schon bald in der Lage von 1914 wiederfinden, nämlich gezwungen, unter höchst unvorteilhaften Bedingungen um einen Zugang zum Weltmarkt zu kämpfen. Tatsächlich glaubte Hitler sogar, dass die aufkommende wirtschaftliche Dominanz der Vereinigten Staaten »zumindest unser deutsches Volk« so schwächen würde, dass es keinerlei Anspruch mehr erheben könnte, »als Weltvolk bezeichnet zu werden«. Durch die drohende Welthegemonie des »nordamerikanischen Kontinents« sah er zwar ganz Europa dieser Gefahr ausgesetzt, aber insbesondere »unser Volk wird, wenn es mit gleicher politischer Gedankenlosigkeit wie bisher in die Zukunft hineinlebt [...] im Rahmen der kommenden Weltstaatenordnung höchstens das, was die Schweiz und Holland im bisherigen Europa waren.«³⁴ Nicht, dass Hitler ein Anhänger von paneuropäischen Ideen gewesen wäre. Solche Vorstellungen waren für ihn »das Ideal aller minderwertigen oder halbrassischen Bastarde«, außerdem lag für ihn natürlich auf der Hand, »daß der Jude eine solche Auffassung besonders begrüßt«. Die europäische Antwort auf die Vereinigten Staaten musste vielmehr von der »kraftvollsten Nation« Europas kommen, ganz nach dem Vorbild Roms oder der »Geschichte der Entstehung des englischen Weltreiches«, oder auch nach dem Muster, mit dem Preußen im 19. Jahrhundert »die deutsche Staatszerrissenheit beendet« hatte.

Nordamerika wird in der Zukunft nur der Staat die Stirne zu bieten vermögen, der es verstanden hat, durch das Wesen seines inneren Lebens sowohl als durch den Sinn seiner äußeren Politik den Wert seines Volkstums rassistisch zu heben und staatlich in die hierfür zweckmäßigste Form zu bringen [...] Es ist wieder die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung das eigene Vaterland selbst für diese Aufgabe auf das äußerste zu stärken und vorzubereiten.³⁵

Somit schlossen die Vereinigten Staaten also zu Frankreich und der Sowjetunion in den Rang von Hitlers Feinden auf. Deshalb sollten sie nach einer Phase der innenpolitischen Konsolidierung sofort und wenn irgend möglich im Bündnis mit Großbritannien herausgefordert werden. Dieser Punkt muss hier besonders hervorgehoben werden. Denn Hitler betonte die Notwendigkeit einer Allianz mit England ja nicht nur deshalb so emphatisch, weil die Eroberung des Ostens – das zentrale strategische Argument in *Mein Kampf* – im Fokus seines Denkens stand, sondern auch, weil er die Vereinigten Staaten für genau die Bedrohung hielt, die das Thema seines »Zweiten Buches« war.

Hitler und Stresemann unterschieden sich demnach nicht nur in Bezug auf ihre Beurteilung der Lage, in der sich Deutschland im anbrechenden »amerikanischen Jahrhundert« befand, sie unterschieden sich auch in Bezug auf ihre Bewertung von Ökonomie und Politik. Hinter diesen Divergenzen verbarg sich jedoch eine weit grundlegendere Differenz, nämlich ein jeweils ganz anderes Geschichtsverständnis.³⁶ Am deutlichsten wird das, wenn man ihre Reaktionen auf die Katastrophe des Ersten Weltkriegs betrachtet. Die Essenz von Stresemanns Einstellung war, dass der Krieg die Richtung der Weltgeschichte nicht grundlegend verändern konnte, da diese Geschichte zwangsläufig von der ökonomischen Entwicklungskurve diktiert wurde. Deutschland sei zwar besiegt worden, trotzdem habe der Krieg die Voraussetzung für die Wiederbelebung deutscher Macht geschaffen – wenn auch nur auf den Wirtschaftssektor beschränkt –, da er England und Frankreich geschwächt und die Vereinigten Staaten begünstigt hatte. Hitler sah in dieser Einstellung allerdings nur den angeblich typisch naiven Optimismus des deutschen Bildungsbürgertums am Werk. Zwar war auch er kein Pessimist (die unheilvollen Prophetien von Oswald Spengler zum Beispiel lehnte er ab), doch aus seiner Sicht bot die Geschichte keinerlei Garantien. Der wirklich bestimmende historische Faktor war für ihn nicht der Telos der Wirtschaftsentwicklung, sondern der Kampf der Völker um ihre Lebensgrundlagen. Und bei diesem Kampf ums Überleben war der Ausgang immer ungewiss. Man befasse sich, erklärte er, viel zu wenig mit der Tatsache, »daß selbst in der kurzen Spanne Zeit, in die wir einen geschichtlichen Einblick besitzen«, Völker entstanden seien, »um 2000 Jahre später spurlos zu vergehen«, oder mit dem Fakt, dass

Weltmächte Kulturkreise beherrschten, von denen nur mehr die Sage kündigt, Riesenstädte in Trümmer gesunken sind [...] Fast außer aller Vorstellung aber liegen die Sorgen, Nöte und Leiden der Millionen und Millionen einzelner Menschen, die einst als lebendige Substanz Träger und Opfer die-

ser Ereignisse gewesen sind [...] Und wie gleichgültig ist in Wirklichkeit die Gegenwart. Wie unbegründet ihr ewiger Optimismus und wie verderblich ihre gewollte Unwissenheit, ihr Nichtsehenmögen und ihr Nichtlernewollen.³⁷

Deshalb betrachtete er es als die Aufgabe eines wahren politischen Führers, das Volk aus seiner optimistischen Stumpfheit aufzurütteln und neu zu beleben. Und das gelänge nur, wenn man ihm das nötige Gespür für apokalyptische Gefahren vermittele. Die Vorstellung, dass sich Deutschland wie von selbst stetig auf einen immer höheren Lebensstandard zubewegen könnte, vergleichbar dem Wohlstand, der in den Vereinigten Staaten zur Schau gestellt wurde, war für Hitler illusorisch. Aus seiner Sicht hatte die Niederlage im Ersten Weltkrieg vom Beginn eines Kampfes gekündet, der sich als nicht weniger endgültig erweisen würde als der Kampf zwischen Karthago und Rom. Wenn sich das deutsche Volk dieser Herausforderung nicht stellte, würde sich erweisen, dass 1918 der Vorbote eines Untergangs war, der ebenso endgültig sein würde wie der Niedergang der großen Kulturen des Altertums. Solche Aussichten ließen keinen Spielraum, weder für Passivität noch für Geduld. Angesichts der Gnadenlosigkeit des »jüdisch-bolschewistischen« Feindes betrachtete er sogar eine Strategie extremster Risiken als gerechtfertigt. Dass Hitlers Publikum in den zwanziger und dreißiger Jahren diese außerordentlich kriegerische Sprache noch immer als rhetorisches Gehabe abtat, war vielleicht verzeihlich. Doch spätestens 1939 hätte jedem ersichtlich werden müssen, wie todernt es ihm mit seiner apokalyptischen Weltanschauung war.

III

Die deutschen Wähler standen also vor einer klaren Alternative. Und sie erteilten eine ebenso eindeutige Antwort. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 errang Hitlers Partei den winzigen Anteil von 2,5 Prozent und damit nur zwölf von 491 Sitzen im Reichstag. Der Stimmenanteil für Stresemanns DVP ging zwar zurück, brachte ihr aber immerhin noch respektable vierundfünfzig Mandate ein.³⁸ Und während sich die DVP einer freigebigen Unterstützung der Großkonzerne sicher sein konnte, waren die Nationalsozialisten bis zum Herbst 1928 so knapp bei Kasse, dass sie sich sogar gezwungen sahen, ihren Jahresparteitag abzusagen. Auch der Verkauf von *Mein Kampf* war dermaßen stark eingebrochen, dass Hitlers Verleger beschloss, das »Zweite

Buch« zurückzuhalten, um sich den Markt nicht zu verderben. Die zweite extreme Rechtspartei, die DNVP, sah ihren Anteil an Sitzen von 103 auf 73 beschneiden. Es waren diese Verluste und die daraus resultierende Krise um die Führerschaft in der deutschnationalen Bewegung – welche schließlich zur Wahl des Ultranationalisten Alfred Hugenberg zum Vorsitzenden der DNVP führen sollte –, die im Sommer und Herbst 1928 Schlagzeilen machten. Die SPD, die Gründerpartei der Weimarer Republik, hatte einen großen Sieg errungen. Ihre Vertretung im Reichstag stieg von 131 auf 153 Mandate. Gemeinsam mit Stresemanns DVP, der DDP und der Zentrumsparlei besaß sie nun eine funktionsfähige Mehrheit. Hermann Müller wurde Reichskanzler, und Gustav Stresemann trat sein fünftes Jahr als Außenminister an.

Die Weimarer Republik verfügte also trotz solcher Elemente wie Hitler und seiner NSDAP über ein funktionierendes parlamentarisches System und über eine Regierung, die sich mithilfe des ehrlichen Maklers USA für eine Revision des Versailler Vertrags einsetzen wollte. Das Potenzial für ein Desaster war zwar eindeutig vorhanden, doch selbst die pessimistischsten Beobachter hätten schwerlich voraussagen können, dass Deutschland innerhalb von nur zehn Jahren Europa einen furchtbaren Krieg aufzwingen und einen Vernichtungsfeldzug und Völkermord von einzigartiger Grausamkeit in der Menschheitsgeschichte entfesseln würde. Dieses Buch ist keine Geschichte der Weimarer Republik. Doch um mit unserer Darstellung des Hitlerregimes beginnen zu können, müssen wir erst einmal klären, wieso Stresemanns Politik überhaupt gekippt und Hitlers so ungemein radikalerer Vision Tür und Tor geöffnet werden konnte.

Einer der Schlüsselfaktoren, die zur Destabilisierung der Weimarer Republik nach 1929 beitrugen, war die enttäuschte Hoffnung der pro-republikanischen Kräfte Deutschlands, die sich so viel von einer amerikanischen »New Order« versprochen hatten.³⁹ In den Jahren 1923 und 1924 war die erfolgreiche Stabilisierung der Weimarer Republik vor allem dem Engagement der Vereinigten Staaten zu verdanken gewesen. Seither hing die Glaubwürdigkeit von Stresemanns und Schachts »atlantischer Strategie« davon ab, ob sich die Erwartungen erfüllen würden und der amerikanische Einfluss auf Europa so weit anwachsen konnte, dass der Weg zu einer umfassenden Revision der Versailler Vertragsbedingungen geebnet war. Und das hing wiederum ganz davon ab, ob die Amerikaner bereit waren zu akzeptieren, dass die interalliierten Kriegsschulden, die Großbritannien und Frankreich bei ihnen angehäuft hatten, mit den Reparationen verknüpft wurden, die die europäischen Mächte von Deutschland forderten. Tatsächlich kehrte Owen Young im Frühjahr 1929

nach Paris zurück, um die Reparationsbedingungen neu zu verhandeln.⁴⁰ Allerdings kam er ohne die explizite Zusage der Hoover-Administration, eine Koppelung der interalliierten Schulden an die deutschen Reparationsleistungen zuzulassen.⁴¹ Der Young-Plan konnte deshalb nur enttäuschen.⁴² Statt einer Kürzung der Annuitäten von 2,5 auf 1,5 Milliarden Goldmark im Vorkriegswert, wie es sich die Regierung Müller erhofft hatte, wurde der von Deutschland geforderte Betrag nur marginal gesenkt, nämlich auf etwas über zwei Milliarden Goldmark. Hinzu kam, dass der Young-Plan auch noch den Schutzmechanismus des Reparationsagenten aufgehoben hatte. Deutschland war nun zwar von den erniedrigenden Einmischungen des Auslands befreit, was wohl auch tatsächlich als ein erster Schritt gedacht gewesen war, um Deutschlands Reparationen auf ein entpolitisiertes, kommerzielles Fundament zu stellen. Doch es bedeutete zugleich, dass Deutschland einen Großteil seiner Reparationstransfers nur noch maximal zwei Jahre aufschieben konnte. Und ob man dieser Verpflichtung nachkommen wollte oder nicht, war eine Frage, die die deutsche Regierung jetzt ohne den Beistand eines »neutralen« amerikanischen Agenten beantworten musste.

Die Ernüchterung, die sich nach der Unterzeichnung des Young-Plans breitmachte, wirkte sich verheerend auf die Glaubwürdigkeit der atlantischen Strategie aus. Und die Verbitterung, die sich während der Verhandlungen aufgebaut hatte, machte alle Hoffnungen auf eine umfassende Kommerzialisierung der politischen Schulden Deutschlands zunichte. 1928 begann die Vergabe von langfristigen amerikanischen Krediten an Deutschland in genau dem Maße zurückzugehen, in dem sich Gerüchte über die Zukunft der Reparationen und die Zinssätze in den Vereinigten Staaten häuften.⁴³ Zwar nahm Deutschland auch 1929 noch Kredite auf, und es verkaufte auch noch immer deutsche Unternehmensanteile ans Ausland, doch nun setzte sich über die Hälfte des Kapitalzuflusses aus kurzfristigen Mitteln zusammen. Und das war nicht der einzige Schaden, der den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen zugefügt wurde. Herbert Hoover hatte den Mittleren Westen Amerikas im Wahlkampf mit dem Versprechen von Agrarprotektionen gewonnen. Doch während die Gesetzesvorlage, die unter dem Namen *Smoot-Hawley Tariff* berühmt werden sollte, den US-Kongress passierte, wurde sie um weitere Forderungen ergänzt, unter anderem um einen wirksamen Schutzmechanismus vor dem Import von Industrieerzeugnissen aus Europa. Im Herbst 1929 sahen die Europäer ihre Hoffnung auf Amerika also gewaltig enttäuscht. Der amerikanische Kongress verhinderte jeden Nachlass der interalliierten Kriegsschulden, es gab kaum noch Aussichten auf langfristige Kredite aus

den Vereinigten Staaten, und es war vorherzusehen, dass das neue Importgesetz es den europäischen Schuldnern Amerikas wesentlich schwerer machen würde, die nötigen Dollars zu verdienen, um ihre Schulden an der Wall Street bedienen zu können.⁴⁴

Wie Stresemann auf diese katastrophale Verkettung von Ereignissen reagiert hätte, werden wir nie erfahren. Sein Gesundheitszustand hatte sich schon im Frühjahr 1928 dramatisch verschlechtert. Die Anstrengungen, den rechten Flügel der DVP auf Linie mit der großen Koalition zu halten, hatten sich schließlich als zu viel erwiesen. Nur Stunden nachdem er sich die Zustimmung der deutschen Regierung zum Young-Plan gesichert hatte, erlitt er mehrere Schlaganfälle und starb. Doch erste Anzeichen für einen Richtungswechsel hatte es schon vor seinem verfrühten Tod gegeben. Einige Historiker glauben, dass die Intensivierung der Gespräche, die Stresemann im Sommer und Herbst 1929 mit dem französischen Außenminister Aristide Briand geführt hatte, vor allem auf seine Enttäuschung über die Vereinigten Staaten zurückzuführen gewesen sei. Tatsächlich hatte Stresemann in der letzten Juniwoche des Jahres 1929 im Reichstag erklärt, Europa drohe zu einer »Kolonie derjenigen zu werden, die glücklicher gewesen sind als wir«. Nun sei die Zeit gekommen, da »französische, deutsche und vielleicht auch andere europäische Wirtschaften einen gemeinsamen Weg suchen müssen gegenüber einer Konkurrenz, die sie alle schwer trifft«. Das war ein für ihn ungewöhnlich feindseliger Verweis auf die Vereinigten Staaten.⁴⁵

Die gedankliche Hinwendung zu einer europäischen Integration war jedoch nur eine mögliche Reaktion auf die von Amerika enttäuschten Hoffnungen.⁴⁶ Eine diametral entgegengesetzte Option kam im Verhalten von Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht zum Ausdruck. Evolutionär betrachtet war Schacht sozusagen das »fehlende Glied« zwischen Stresemanns revisionistischer Wirtschaftspolitik und der unilateralen militaristischen Aggression, von der diese 1933 ersetzt werden sollte. Hjalmar Horace Greely Schacht war 1877 als Sohn von deutsch-dänischen Eltern geboren worden und wurde wie Stresemann eine wilhelminische Erfolgsgeschichte.⁴⁷ Während sein Vater eine problematische Laufbahn hinter sich hatte – zuerst als Journalist und dann mit einer Reihe von fehlgeschlagenen Geschäften –, machte der Sohn das Beste aus seiner erstklassigen Ausbildung. Wie Stresemann begann auch er sein Berufsleben als Lobbyist für die liberalen Freihandelsinteressen, um sich anschließend schnell in der Dresdner Bank hochzuarbeiten. Im Jahr 1914 gehörte er der Finanzverwaltung des Generalgouvernements im besetzten Belgien an, musste 1915 aber wegen Korruptionsgerüchten zurücktreten.

Bald darauf wurde er von der Rivalin der Dresdner Bank eingestellt, der Nationalbank für Deutschland, und gehörte als Direktor dieses rapide expandierenden Unternehmens schließlich zu den eigentlichen Profiteuren der Hyperinflation. Wie Stresemann war auch Schacht ein Vernunftrepublikaner und Gründungsmitglied der 1918 ins Leben gerufenen linksliberalen DDP. Deshalb war er auf dem Höhepunkt des »Ruhrkampfes« ja auch Stresemanns Kandidat für den Posten des Reichsbankpräsidenten gewesen.⁴⁸ Jedenfalls wurde Schacht weithin als einer der wichtigsten Bündnispartner Stresemanns bei dem Versuch betrachtet, Deutschland wieder internationale Respektabilität zu verschaffen. Und seit man weit und breit auch die Stabilisierung der Reichsmark im Jahr 1924 seinen Finanzkünsten zuschrieb, war er in den Genuss von engen Kontakten zu Bankierskreisen in den Vereinigten Staaten und zu Montagu Norman gekommen, dem Gouverneur der Bank von England. Tatsächlich hatte Schacht während des Chaos der Jahre 1923 und 1924 mit dem Gedanken an eine britische Alternative zu Stresemanns Politik gespielt und sogar schon die Möglichkeit sondiert, die Reichsmark an das Pfund Sterling statt an den Dollar zu koppeln.⁴⁹ Doch seit dem Dawes-Deal gab er sich womöglich sogar noch »amerikanischer« als Stresemann.⁵⁰ Bei Schacht kollidierte dieses rationale Konzept allerdings mit einem entschieden tiefer verletzten Nationalstolz. Noch um einiges beharrlicher, dafür aber weit weniger taktvoll als Stresemann, verknüpfte er die Möglichkeit einer finanziellen Einigung mit der Forderung nach einer vollständigen Revision aller Territorialrechte.⁵¹ Damit wollte Schacht nicht nur den Rückzug der französischen Truppen von deutschem Boden beschleunigen; er ließ auch keine Möglichkeit aus, um auf diese Weise die Territorialfrage mit Polen aufs Tapet zu bringen. Er ging sogar so weit, auf Rückgabe der deutschen Kolonien zu drängen. Im April 1929 hätten Schachts revisionistische Forderungen die Verhandlungen für den Young-Plan, der ja ohnedies ein vernichtender Schlag für sein Vertrauen in die amerikanische Option war, fast zum Scheitern gebracht. Sofort nach Stresemanns Tod stellte er sich offen und vorbehaltlos gegen die Position der Regierung Müller. Er nutzte seine Kontakte an der Wall Street, um Verhandlungen der deutschen Regierung für einen neuen amerikanischen Kredit zu hintertreiben, und veröffentlichte am 6. Dezember 1929 einen Bericht, der nicht nur den Young-Plan, sondern gleich die gesamte Finanzpolitik, die seit 1924 von der Weimarer Republik verfolgt worden war, vernichtend kritisierte.⁵² Schachts Tage als Reichsbankpräsident waren eindeutig gezählt. Im Frühjahr 1930 trat er von seinem Amt zurück und begann sich auf Gedeih und Verderb an die Kräfte zu binden, die sich nun auf der extremen

rechten Seite der deutschen Politik zu bündeln begannen und erbittert gegen jede weitere finanzielle Kooperation mit den einstigen Feinden Deutschlands agitierten.

Dennoch: Die meisten politischen Parteien Deutschlands fühlten sich nach wie vor dem Prinzip der Schuldenbedienung verpflichtet. Gerade dem rechten Flügel und dem deutschnationalen Unternehmertum kamen die innenpolitischen Sparmaßnahmen, die für eine Erfüllung des Young-Plans erforderlich waren, größtenteils sehr gelegen. Prompt stürzte die Große Koalition im Frühjahr 1930 über ihre Haushaltskürzungen.⁵³ Hermann Müller sollte für fast vier Jahrzehnte der letzte sozialdemokratische Kanzler gewesen sein. Seines Amtes enthoben wurde er zugunsten einer Minderheitenregierung unter der Leitung des standhaft nationalistischen Katholiken Heinrich Brüning. Schachts Präsidentenstuhl bei der Reichsbank übernahm Hans Luther.

Die hitzigen Diskussionen, die seither über die zwischen März 1930 und Mai 1932 getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen von Reichskanzler Brüning und Reichsbankpräsident Luther geführt wurden, lassen sich kaum noch zählen.⁵⁴ Doch kaum eine dieser Debatten traf ins Schwarze. Bedenkt man, welcher internationale Druck geherrscht hatte, dann weiß man auch, dass Brüning und Luther die Hände gebunden waren, jedenfalls mit Sicherheit im Jahr 1930.⁵⁵ Da sie an den Regeln des Goldstandards festhalten mussten, während der Young-Plan Annuitäten von zwei Milliarden Reichsmark forderte und die internationalen Kapitalmärkte angesichts der deutschen Kreditnahmen zunehmend nervös reagierten, war Deflation die einzig noch verbliebene Möglichkeit.⁵⁶ Der politische Preis war gewaltig: Zwischen April und Juli 1930 zerfleischte sich das deutsche parlamentarische System im Gezänk um Brünings Deflationspaket. Um eine höchst umstrittene Bürgersteuer durchzupetschen, griff Brüning am 17. Juli 1930 erstmals auf die Notverordnungen zurück, die im Artikel 48 der Weimarer Verfassung festgeschrieben worden waren. Nach dem Erlass der Notverordnung »zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände« folgten am 26. Juli weitere Kürzungen und Steuererhöhungen. Angesichts des kollabierten Welt Handels und der konjunkturzyklischen Kräfte konnte die Folge letztlich nur eine wirtschaftliche Bruchlandung sein. Zwischen Juni 1930 und Februar 1931 stieg die Arbeitslosenzahl um 2,1 Millionen – eine Verdoppelung des üblichen saisonalen Anstiegs. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 gelang Hitlers Nationalsozialisten ein erdrutschartiger Durchbruch: Der Stimmenanteil war von 2,5 auf 18,3 Prozent gestiegen. Nun hatte die NSDAP hundert-

sieben Mandate ergattert und war zur zweitstärksten Partei im Reichstag geworden. Die daraufhin einsetzende Kapitalflucht entzog der Reichsbank ein Drittel ihrer Reserven und zwang sie zu einer weiteren Erhöhung des Zinssatzes.⁵⁷ Parallel dazu zeigte jedoch die Deflationspolitik ihren beabsichtigten Effekt: Das Handelsdefizit, das sich im Jahr 1928 noch auf 2,8 Milliarden Reichsmark belaufen hatte, war bis 1931 in einen Überschuss von 2,8 Milliarden Mark verwandelt worden (siehe Anhang, Tabelle A1). Allerdings war diese Entwicklung nicht steigenden Exporten zu verdanken, sondern allein der Tatsache, dass die deutsche Nachfrage nach Importen auf Grund der Krise sogar noch schneller gefallen war als die Nachfrage nach deutschen Waren im Ausland. Als immer mehr Fabriken ihre Tore schlossen und sich der Pesthauch von Arbeitslosigkeit und Armut über die deutsche Gesellschaft legte, rutschte die Nachfrage nach ausländischen Rohstoffen und Konsumgütern in den Keller. Es war ein brutaler Anpassungsprozess, doch Deutschland folgte den üblichen Mechanismen des Goldstandards. Im Oktober 1930 wurde Brüning dafür mit einem Überbrückungskredit von 125 Millionen Dollar belohnt, vermittelt von Lee, Higginson und Co. aus New York.⁵⁸

Wenn Brünings Regierung 1930 und Anfang 1931 überhaupt einen Handlungsspielraum hatte, dann in der Außen-, nicht aber in der Wirtschaftspolitik. Doch sie nützte ihn erbärmlich und mit schrecklichen Folgen.⁵⁹ Anstatt sich Stresemanns Formel aus den zwanziger Jahren anzueignen und die Erfüllungspolitik in Bezug auf die Reparationen mit einer umsichtigen Diplomatie zu koppeln, verbanden Brüning und Wirtschaftsminister Julius Curtius die Einhaltung der finanziellen Bedingungen des Young-Plans mit einer extrem nationalistischen außenpolitischen Rhetorik. Das erste Element dieser neuen deutschen Politik war die Entscheidung, ungeachtet der desperaten Finanzlage des Reiches zwei neue Schlachtschiffe bauen zu lassen. Das zweite und dritte Element waren der Vorschlag für eine deutsch-österreichische Zollunion und eine immer aktivistischere Mittel- und Südosteuropapolitik, symbolisiert durch die emsigen Vorbereitungen von exklusiven bilateralen Handelsverträgen mit Ungarn und Rumänien. Die Pfeilspitzen dieser Strategie waren in allen drei Fällen direkt gegen Frankreich gerichtet – was die logische Folge von Brünings brüsker Ablehnung des Vorschlags war, den Briand zum Wohle von engeren französisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen eingebracht hatte. Doch der Zeitpunkt dieser antifranzösischen Wende war ungemünzt schlecht gewählt. Seit dem erzwungenen Ende der Ruhrbesetzung war die deutsche Politik von der Prämisse ausgegangen, dass Frankreich zwar die größte militärische Bedrohung für Deutschland darstellte, in finanzieller

Hinsicht aber nur eine drittrangige Macht hinter den Vereinigten Staaten und Großbritannien war.⁶⁰ Wer dieser Vorstellung jedoch auch 1931 noch anhing, der hatte die Kräfteverhältnisse im internationalen Finanzsystem schlicht nicht verstanden. Nach der Stabilisierung des Franc hatte die französische Zentralbank 1926 systematisch damit begonnen, Gold anzuhäufen. Bis 1931 waren ihre Goldreserven weit höher als die der Bank von England und konnten sogar mit denen der amerikanischen Federal Reserve konkurrieren. Bemerkenswerterweise wiederholte Briand Anfang 1931 sein Angebot an Deutschland sogar. Er ließ durchblicken, dass der Pariser Kapitalmarkt für deutsche Kreditaufnahmen geöffnet werden könnte, was Brüning helfen würde, den Bedingungen des Young-Plans nachzukommen. Brünings Regierung reagierte am 21. März 1931 mit der öffentlichen Bekanntgabe einer geplanten Zollunion mit Österreich. Die Tür zu einer französisch-deutschen Wirtschaftskooperation war zugeschlagen.

Brüning hatte also durch seine aggressive Außenpolitik den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum entscheidend verringert.⁶¹ Und ohne die Aussicht auf Auslandskredite blieb ihm nun keine andere Wahl als eine neuerliche schmerzliche Deflation. Doch um sie auch der heimischen Wählerschaft schmackhaft zu machen, bedurfte es der sofortigen Aktion: Die Revision des Young-Plans musste beschleunigt werden. Neben der Ankündigung seiner »Zweiten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen« forderte Brüning am 6. Juni 1931 deshalb mit scharfen Worten ein Ende der Reparationen.⁶² Und das war es schließlich, was kopfüber in die Katastrophe führen sollte. Schon seit März hatten die Finanzmärkte nervös auf das bedrohliche Wiedererstarken des deutschen Nationalismus reagiert. Trotz einer Bankenkrise in Österreich war es jedoch weder zu einem Ansturm auf die deutschen Banken noch auf die deutsche Währung gekommen.⁶³ Was die Krise schließlich wirklich auslöste, war Brünings Bereitschaft, die international ohnedies schon angespannte Lage noch weiter zu strapazieren. Nur Stunden nach dem aggressiven Kommuniqué der deutschen Regierung schwappte eine Welle der Furcht über die Finanzmärkte der Welt. Allenthalben ging man davon aus, dass Brüning kurz davor stand, ein unilaterales Moratorium nicht nur der Reparationsleistungen, sondern auch der Obligationen gegenüber Deutschlands privaten Gläubigern zu verkünden. In der folgenden Woche fielen die Reichsbankreserven von 2,6 Milliarden auf 1,9 Milliarden Mark. Trotz einer erschreckend drastischen Anhebung der Zinssätze fielen sie unerbittlich weiter, bis sie schließlich das Minimum erreicht hatten, das für eine »Stützung« der Währung durch Golddevisen erfor-

derlich war. Als die Probleme der Darmstädter und Nationalbank (Danat-Bank) und der Dresdner Bank am 17. Juni in die Schlagzeilen gerieten, sah sich die Reichsbank längst schon mit einer ausgewachsenen Währungskrise konfrontiert. Die Finanzlage des Landes war nun derart fatal, dass sich der amerikanische Präsident Herbert Hoover am 20. Juni zu einer beispiellos dramatischen Intervention gezwungen sah.

Obwohl die Krise Deutschlands im Frühsommer 1931 ihrem Höhepunkt zustrebte, griff die fundamentale Logik der atlantischen Strategie noch.⁶⁴ In völliger Verkenntung der vorhersehbaren Antwort Frankreichs hatte die Hoover-Administration bemerkenswert schwach auf die neuen nationalistischen Töne in Brüning's Außenpolitik reagiert.⁶⁵ Statt den Zollunionsvorschlag vom Tisch zu wischen, signalisierte Washington sogar die Bereitschaft, ihn als einen ersten Schritt hin zu einer europäischen Wirtschaftsintegration zu betrachten. Im Herbst 1931 brachte die Regierung der Vereinigten Staaten schließlich sogar ihre Unduldsamkeit gegenüber Frankreich und Polen zum Ausdruck, weil sich keiner der beiden Staaten bereit zeigte, die Sorgen ernst zu nehmen, die sich das Reich hinsichtlich seiner Ostgrenzen machte. Noch entscheidender aber war, dass Washington auf die Gerüchte von einem unmittelbar bevorstehenden Schuldenmoratorium am 20. Juni 1931 mit dem lang erhofften Zugeständnis reagierte, die deutschen Reparationen an die interalliierten Kriegsschulden zu koppeln.⁶⁶ Um die amerikanischen Kredite in Deutschland zu schützen, schlug Hoover ein generelles Moratorium für alle »politischen Schulden« Deutschlands wie für die interalliierten Kriegsschulden vor und bereitete damit den Weg für die formelle Annullierung der deutschen Reparationsverpflichtung, die ein Jahr später auf der Konferenz von Lausanne beschlossen wurde.⁶⁷ Im Juni 1931 waren die Franzosen jedoch nicht mehr in Stimmung für irgendwelche Konzessionen. Nachdem Hoover Paris nicht einmal konsultiert und man dort empört zur Kenntnis genommen hatte, dass die Vereinigten Staaten die Interessen ihres langfristigen Schuldners Deutschland über das Interesse stellten, das Frankreich an seinen eigenen Reparationsrechten hatte, verzögerten die Franzosen die Zustimmung zu diesem Moratorium bis zum 6. Juli. Das reichte, um dem deutschen Finanzsystem Devisen im Wert von Hunderten Millionen Reichsmark zu entziehen. Und genau während dieses entscheidenden Zeitraums sollten sich die Fäden, die zur Banken- und Währungskrise geführt hatten, schließlich fatal ineinander verheddern. Am Montag, dem 13. Juli, wurde die Danat-Bank zahlungsunfähig und löste damit einen Ansturm auf die Banken aus.⁶⁸ Das Kabinett und die Reichsbank hatten keine andere Wahl, als eine allgemeine Schließung

des deutschen Finanzsystems zu erklären. Am 15. Juli verkündeten sie die Einrichtung eines neuen Börsenaufsichtssystems. Damit wurde allen finanziellen Abwicklungen nach den Prinzipien des freien Goldstandards in Deutschland ein Ende gesetzt,⁶⁹ auch wenn der Wert der Reichsmark gegenüber dem Gold nominal gleich geblieben war. Ab dem Sommer 1931 wurden alle privaten deutschen Devisenvermögen verstaatlicht. Jeder Bürger, der Devisen in irgendeiner Form besaß, war gezwungen, sie bei der Reichsbank anzumelden. Wer ausländische Währung benötigte, musste sie bei der Reichsbank beantragen. Und dort pflegte man die beantragten Beträge dann drastisch zu kürzen. Importeuren wurden Devisen nur noch zu fixen Prozentsätzen zugeteilt, berechnet nach dem jeweiligen Transaktionsvolumen in den letzten zwölf Monaten vor der Krise. Damit hatte die Reichsbank nun die Möglichkeit der direkten Regulierung aller Importe. Im August – um die Darstellung dieser Krise zu vervollständigen – wurde das Schuldenmoratorium mithilfe des so genannten Stillhalteabkommens (*Standstill Agreement*) von den deutschen Reparationen auf das instabilste Element des deutschen Schuldenbergs ausgeweitet, nämlich auf die kurzfristigen Auslandskredite.⁷⁰

Doch der Sturm legte sich nicht. Nach Wien und Berlin fiel London nun ebenfalls der Welle finanzieller Instabilität zum Opfer, die Europa überrollte. Am 20. September, nach wochenlangen Spekulationen gegen das Pfund, gab nach Deutschland auch Großbritannien den Goldstandard auf.⁷¹ Im Gegensatz zur Reichsbank entschied die Bank von England jedoch nicht, ihn preiszugeben, indem sie vorübergehend die freie Konvertierbarkeit außer Kraft setzte, sondern indem sie den goldgebundenen Festkurs aufhob. Das Pfund Sterling wurde weiterhin frei gehandelt, nur war sein Wert eben nicht mehr gegen Gold garantiert. Binnen Wochen war die führende Handelswährung um 20 Prozent gegen die Reichsmark gefallen. Der Anker des globalen Finanzsystems hatte sich losgerissen. Großbritanniens Abschied vom Goldstandard verwandelte eine tiefe Rezession in eine weltwirtschaftliche Katastrophe. Bis Ende September waren zwölf Staaten Großbritannien gefolgt und hatten ihre Wechselkurse ebenfalls freigegeben. Elf weitere Länder werteten ihre Devisenkurse unter Beibehaltung des Goldpreises ab. Die Staaten, die im alten Paritätsverhältnis beim Gold geblieben waren – Deutschland, Frankreich und die Niederlande –, hatten keine andere Wahl, als ihre Zahlungsbilanzen durch drakonische Beschränkungen der Konvertierbarkeit und den Protektionismus ihrer Währungen zu verteidigen. Damit war zwar der Importseite bei der Leistungsbilanz Rechnung getragen worden; aber die deutschen Exporteure standen nun vor gewaltigen Hürden. Nachdem die meisten

unmittelbaren Handelskonkurrenten Deutschlands durch die Abwertung einen großen Wettbewerbsvorteil erlangt hatten, fiel das Volumen der deutschen Exporte zwischen 1931 und 1932 um weitere 30 Prozent. Der 1931 so hart erkämpfte Handelsüberschuss von 2,8 Milliarden Reichsmark schrumpfte binnen Jahresfrist auf nur noch ein paar hundert Millionen Reichsmark. Aber selbst diese prekäre Bilanz konnte nur durch weitere gravierende Importsenkungen aufrechterhalten werden. Im Frühjahr 1932 wurde die Zuteilung von harten Währungen an deutsche Importeure auf die Hälfte des Vorkrisenniveaus gekürzt.⁷²

Eine nahe liegende Möglichkeit, die schlechte Lage Deutschlands zu verbessern, wäre eine Abwertung der Reichsmark und ihre Angleichung an das Pfund Sterling gewesen.⁷³ Tatsächlich hatte sich die Bank von England schon im Sommer 1931 für eine Abwertung der Reichsmark ausgesprochen, weil sie das für die wirksamste Reaktion auf die Banken- und Währungskrise hielt.⁷⁴ Und es war ja auch nicht so, dass sich verantwortungsbewusste Beamte in Deutschland grundsätzlich gegen eine solche Maßnahme gesperrt hätten. Brüning sollte später behaupten, dass er immer gehofft habe, eine zwanzigprozentige Abwertung durchführen zu können, sobald die akute Krise überwunden gewesen wäre und Deutschland genügend Devisenreserven angehäuft hätte, um den neuen Wert der Reichsmark sicher halten zu können.⁷⁵ Im September 1931 hoffte Hjalmar Schacht, dass sich Deutschland die Verlegenheit Englands zunutze machen und Kredit- und Handelskonzessionen erwirken könnte, wenn es die Reichsmark an den Sterling koppeln würde. Doch mit dieser Strategie waren gewaltige Risiken verbunden. Im öffentlichen Bewusstsein war eine Abwertung untrennbar mit den Erfahrungen einer Hyperinflation verbunden. In den Jahren 1922 und 1923 hatte man den Sturz der Reichsmark gegen den Dollar wie einen Tagesindex der deutschen Misere werten können. Deshalb war es kaum überraschend, dass sich deutsche Kommentatoren nun so erschrocken ein Szenario ausmalten, in dem eine drastische Abwertung die Importpreise dramatisch erhöhte und eine Inflation auslöste. In Anbetracht ihrer begrenzten Währungsreserven war die Reichsbank ganz gewiss besorgt, dass sie einem Spekulationsangriff auf die abgewertete Reichsmark schutzlos ausgesetzt wäre. Doch letztendlich entscheidend waren die Auswirkungen, die eine Abwertung auf die Auslandsschulden Deutschlands gehabt hätte. Denn der überwiegende Teil war ja in Fremdwährungen gezeichnet, weshalb die unmittelbare Folge einer Abwertung der Reichsmark die Anhebung der deutschen Auslandsschuldenlast im Reichsmarkwert gewesen wäre. Die Bank von England mag eine Abwertung in Deutschland be-

grüßt haben, die Vereinigten Staaten aber ließen keinen Zweifel aufkommen, dass sie es vorzogen, wenn Deutschland seine langfristigen Kredite bedienen und seine Zahlungsbilanz mithilfe von Devisenkontrollen schützen würde.⁷⁶ Nachdem Präsident Hoover schließlich entschieden bei der Reparationsfrage interveniert hatte und durchblicken ließ, dass er vielleicht sogar die deutschen Ansprüche gegenüber Polen unterstützen würde, optierte Berlin ein letztes Mal für die atlantische Strategie. Kanzler Brüning's Regierung spekulierte, dass die amerikanische Entscheidung hinsichtlich der interalliierten Kriegsschulden England und Frankreich eher früher als später in die Lage versetzen würde, die Einstellung der Reparationsforderungen an Deutschland zu akzeptieren. Und das, so erwartete Brüning zuversichtlich, würde die Tür zu einer Normalisierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen in Europa öffnen.⁷⁷ Wie sich herausstellte, sollte es jedoch noch zwölf katastrophale Monate dauern, bis dieser Deal in Lausanne schließlich zustande kam. Mittlerweile waren die Aussichten für die deutsche Wirtschaft rabenschwarz.

Da Brüning durch die amerikanischen Kredite fest ans Gold gebunden, aber zugleich mit einer Abwertung der meisten Währungen konfrontiert war, in denen der deutsche Handel abgewickelt wurde, blieb ihm keine Alternative, als eine weitere Deflationsrunde durchzupeitschen und zu diesem Zweck eine neuerliche Notverordnung zu erlassen. Die am 8. Dezember 1931 vom Reichspräsidenten unterzeichnete »Vierte Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens« beinhaltete nicht nur das Verbot von Parteiformen und politischen Demonstrationen, sondern verordnete auch Lohn-, Preis- und Zinssenkungen, gefolgt von weiteren Kürzungen der Staatsausgaben und Erhöhungen der Steuern.⁷⁸ Es war, wie der *Economist* schrieb, ein Eingriff »in die wirtschaftliche Freiheit, wie es ihn außerhalb der Sowjetunion noch nie gab«.⁷⁹ Das Amt des Reichskommissars für die Preisüberwachung übergab Brüning dem streng konservativen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler, der auch prompt eine viel publizierte Sparkampagne begann.⁸⁰ Doch damit konnte nicht verschleiert werden, dass Deutschland vor dem Bankrott stand. Die Arbeitslosenzahlen stiegen auf über sechs Millionen, große Teile der Privatwirtschaft waren unmittelbar vom Konkurs bedroht. Ohne Frage war Inflation ein Schreckgespenst für die deutsche Öffentlichkeit, doch die unmittelbaren Folgen, die eine Deflation auf die Wirtschaft hatte, waren noch um ein Vielfaches gravierender, was natürlich nicht zuletzt an ihrer Auswirkung auf die Bilanzen lag. Während die Einnahmen im Einklang mit der Deflation von Preisen und Löhnen fielen, blieben Schulden, Hypotheken und andere finan-

zielle Obligationen auf dem hohen Stand, den sie vor der Wirtschaftskrise gehabt hatten. Ab dem Winter 1931/32 begannen Insolvenzen das Gewebe der deutschen Privatwirtschaft zu zerfressen. Seit der Krise vom Sommer 1931 standen alle großen Banken unter staatlicher Kontrolle. Im Versicherungsgewerbe und in der Fertigungsindustrie kam es zu spektakulären Konkursen. Auch die AEG kränkelte, immerhin eines der bedeutendsten elektrotechnischen Unternehmen Deutschlands. Bei den Vereinigten Stahlwerken, dem führenden Montankonzern Europas, konnte eine Krise nur abgewendet werden, weil das Reich eine große Tranche aus dem Besitz von Friedrich Flick erwarb. Finanzminister Hermann Dietrich erklärte einem Parteifreund: »Es war nicht meine Absicht, von vornherein halb Westfalen zu verstaatlichen [...], aber die Gefahr der Überfremdung und die Tatsache, daß ein Zusammenbruch der Charlottenhütte Gelsenkirchen den Stahlverein ins Wanken gebracht und damit das mühselig aufgebaute Gebäude der deutschen Banken wiederum erschüttert hätte, haben mich in eine Zwangslage versetzt.«⁸¹

Angesichts dieser fortschreitenden Wirtschaftskatastrophe brach der »Deflationskonsens«, von dem Brünings Kanzlerschaft in den ersten achtzehn Monaten getragen worden war, schließlich zusammen.⁸² Und wieder einmal bot sich Hjalmar Schacht als Leithammel an. 1930 und zu Beginn des Jahres 1931 hatte er sich mit öffentlicher Kritik an der Regierung Brüning noch zurückgehalten, vielleicht, weil er hoffte, als Mitglied einer konservativ-deutschnationalen Koalition ins Amt zurückkehren zu können. Nach der katastrophalen Entwicklung im Sommer 1931 gab es für ihn jedoch kein Halten mehr. Beim Treffen der »Nationalen Opposition« in Bad Harzburg prangerte er hochdramatisch die Rückgratlosigkeit der Brüning'schen Reparationspolitik an.⁸³ Eine Verjüngung Deutschlands, erklärte er, sei keine Frage von parteipolitischen Programmen oder gar von Intelligenz. Sie sei eine Frage »des Charakters«. Und nun machte Schacht auch kein Geheimnis mehr aus dem Quell, aus dem er diese moralische Erneuerung gespeist zu sehen hoffte: Die Hauptorganisatoren des Treffens waren Hugenberg und die DNVP. Doch Schlagzeilen machte die Tatsache, dass Schacht auf der Harzburger Bühne neben Adolf Hitler aufgetreten war.⁸⁴

IV

Die nationalistische Wendung in der deutschen Außenpolitik von 1930/31 kam zu einem verheerend schlechten Zeitpunkt. Trotzdem hatte die atlantische Strategie mit dem Hoover-Moratorium und dem offenen Eintreten der Amerikaner für ein Ende der Reparationen gewissermaßen ihr Ziel erreicht. Unter normalen Umständen wäre es natürlich auch weiterhin eine attraktive Option für Deutschland gewesen, die transatlantische Finanzachse zu wahren. Doch der Zusammenbruch der amerikanischen Wirtschaft und die Entscheidung der Briten, sich vom Goldstandard zu verabschieden, erschütterten sämtliche Fundamente von Stresemanns Konzept. Und nachdem die Weltwirtschaft ohnedies anscheinend alles andere als eine historische Notwendigkeit war, stand ihre Eintracht nun ebenso hochgradig in Frage wie ihre wechselseitigen Abhängigkeiten. Natürlich gab es Stimmen in Deutschland wie im Ausland, die konstruktive Bemühungen um einen Wiederaufbau der internationalen Ordnung forderten.⁸⁵ Doch angesichts des desolaten Zustands der Weltwirtschaft schienen vielen Beobachtern die internationalen ökonomischen Abhängigkeiten selbst das eigentliche Problem zu sein.⁸⁶ Nationalistische Visionen, Bilder von einer Zukunft, in der globale Finanzbeziehungen keinen bestimmenden Einfluss mehr auf das Schicksal einer Nation nehmen konnten, wirkten plötzlich sehr viel plausibler.⁸⁷ Schon vor Hitlers »Machtergreifung« waren vier Schlüsselemente dieser nationalistischen Agenda in den Vordergrund gerückt.

Im öffentlichen historischen Bewusstsein wie in der Geschichtsschreibung gibt es das tiefsitzende Vorurteil, dass der eigentliche Bruch zwischen der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik und der des »Dritten Reiches« die nach 1933 getroffene Entscheidung gewesen sei, dringende Programme zum Zweck der nationalen Genesung und der Arbeitsbeschaffung umzusetzen.⁸⁸ Vereinfacht gesagt: Heinrich Brüning machte einen Fetisch aus der Deflation, Hitlers Regime stellte die Arbeitsbeschaffung – zumindest propagandistisch – ins Rampenlicht. Betrachtet man den Kontrast zwischen der Politik vor und nach 1933 im Lichte der fast parallel stattfindenden »Keynesianischen Revolution«, dann gewinnt er eine sogar noch stärkere historische Kontur. Unter Keynesianern innerhalb wie außerhalb Deutschlands wird das Desaster der Weimarer Republik wohl immer als die ungemein anschauliche Folge eines allzu großen Vertrauens in die Selbstheilungskräfte des freien Marktes gewertet werden. In dem langen Nachhutgefecht, das sich die Keynesianer in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts mit den intellektuel-

len Kräfte der Neuen Rechten lieferten, wurde diese rhetorische Verbindung jedenfalls geradezu extensiv hergestellt.⁸⁹ Nun kann man sich die deutsche Geschichte zwischen 1929 und 1933 zwar gewiss dienstbar machen, um diese These zu belegen. Doch wenn wir uns das Hitlerregime ohne die Hilfe eines derart anachronistischen Bezugsrahmens betrachten, dann wird deutlich, dass die Behauptung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seien der Schlüssel, um die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zu begreifen, fehl am Platz ist. In Wirklichkeit wurde das Thema Arbeitsbeschaffung im rechten Flügel der deutschen Politik erst in der zweiten Jahreshälfte 1931 ernsthaft diskutiert. Zu einem Schlüsselement des Parteiprogramms der NSDAP wurde es erst im Mai 1932. Und diesen Status behielt es dann nur achtzehn Monate lang, bis Dezember 1933, als die Planung von Neuausgaben zum Zweck der Arbeitsbeschaffung wieder von der Prioritätenliste des NS-Regimes verschwand. Ungeachtet der Goebbels'schen Propaganda und ungeachtet auch der vorgefassten Meinung späterer Kommentatoren und Historiker waren zivile Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kein Kernelement auf der Agenda der nationalistischen Koalition, die im Januar 1933 die Macht übernahm. Das Thema war unter den Koalitionspartnern vom Januar 1933 sogar höchst umstritten.⁹⁰ Alfred Hugenberg, der Vorsitzende von Hitlers unverzichtbarem Koalitionspartner DNVP, sprach sich vehement gegen kreditfinanzierte Maßnahmen aus. Und auch die den Nationalsozialisten nahestehenden Wirtschafts- und Bankenkreise, die in Hjalmar Schacht einen stimmgewaltigen Fürsprecher ihrer Interessen bei diesem Thema gefunden hatten, beäugten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen misstrauisch – ganz anders als die drei Themen, die die nationalistische Rechte wirklich einten und die Hitlerregierung am 30. Januar 1933 überhaupt erst möglich gemacht hatten: nämlich die dreifache Priorität von Wiederaufrüstung, Nichtanerkennung der deutschen Auslandsschulden und »Erhaltung des Bauerntums«. Diese Themen hatten die Agenda des rechten Flügels schon seit den zwanziger Jahren beherrscht. Sie sollten 1933 auch sofort oberste Priorität erhalten, und zwar wo nötig *auf Kosten* der Arbeitsbeschaffung. In Wirklichkeit waren es Hitlers Aktionen im Zusammenhang mit diesen drei Themen, aber nicht irgendwelche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die die Trennlinie zwischen der Weimarer Republik und dem »Dritten Reich« markierten.

Die Themen Abrüstung und Auslandsschulden waren schon seit den zwanziger Jahren verkoppelt gewesen. Im Jahr 1932 erzwang Präsident Hoover mit einem letzten verzweifelten Versuch, eine friedliche Lösung für die Probleme Europas zu finden, eine sogar noch engere Verknüpfung.⁹¹ Am

Jahresende 1931 hatten alle Seiten akzeptiert, dass ein Ende der Reparationen ganz davon abhing, ob die Amerikaner Frankreich und England die interalliierten Kriegsschulden erlassen würden. Mit dem Notmoratorium von 1931 war das letztlich bereits erfolgt, doch Hoover musste den Verzicht auf die Bedienung der interalliierten Schulden erst noch dem US-Kongress verkaufen. Und damit ihm das gelingen konnte, musste er Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung vorweisen. Denn es wäre natürlich ganz und gar inakzeptabel gewesen, hätten Frankreich und Großbritannien die finanzielle Entlastung, die sie von den Vereinigten Staaten forderten, prompt zur Erhöhung ihrer Militärhaushalte verwendet. Also riefen die Amerikaner Anfang 1932 einen parallelen »Konferenzprozess« ins Leben: Über Abrüstung wurde in Genf, über die politischen Schulden in Lausanne verhandelt. Auf einem dritten Gleis liefen langwierige Vorbereitungen für eine internationale Weltwirtschaftskonferenz, auf der man über die Funktionsstörungen im globalen Finanzsystem und über die immer schädlicheren Wirkungsweisen des internationalen Protektionismus diskutieren wollte. In den zwanziger Jahren hatte Stresemann mit seiner Strategie gehofft, dass Deutschland dank der Unterstützung der amerikanischen Neuordnungsversuche zu einem privilegierten Partner Washingtons werden würde. Seit 1932 schlugen die Regierungen von Papan, General Kurt von Schleicher und schließlich Adolf Hitler den genau gegenläufigen Kurs ein. Anstatt zu versuchen, ihrem Land durch multilaterale Vereinbarungen, die durch die Vereinigten Staaten abgesichert waren, Wohlstand und Sicherheit zu bringen, wollten sie Deutschlands Interessen wenn nötig sogar unilateral und gegen das amerikanische Bemühen um eine internationale Ordnung durchsetzen.⁹²

Geheime Vorbereitungen für eine Wiederaufrüstung waren in Deutschland schon in den zwanziger Jahren getroffen worden, hatten aber nie wirklich bedrohliche Formen angenommen.⁹³ Stresemann hatte immer sichergestellt, dass die klammheimlichen Aktivitäten des Militärs seine primären Verhandlungsziele – den Rückzug der französischen Truppen von deutschem Boden und substanzielle Reparationskürzungen – nicht gefährden konnten. Im Sommer 1930 bereitete dann der Abzug der letzten ausländischen Truppen aus dem Rheinland die Bühne für konkretere Gespräche. Brüning favorisierte offenbar einen Zeitplan, der vorsah, dass die Reichswehr mit ihrer Aufrüstung beginnen sollte, sobald die Frage der Reparationen geklärt wäre. Im Dezember 1931 legte man in der Reichswehr letzte Hand an das so genannte »Zweite Rüstungsprogramm«, mit dem Ausgaben von knapp über 480 Millionen Reichsmark im Laufe von fünf Jahren geplant wurden.⁹⁴ Damit sollte

Deutschland im Fall eines Angriffs die Möglichkeit gegeben sein, eine Verteidigungsmacht von einundzwanzig Divisionen mit einem kleinen Kontingent aus Artillerie, Panzern und Flugzeugen zu versorgen. Eine ambitioniertere Version dieses Plans, das so genannte »Milliardenprogramm«, sah obendrein die erforderlichen Ausgaben für die benötigte industrielle Infrastruktur vor, um eine solche Streitmacht auch im Feld halten zu können. Da diese Planung keine Verstärkung des Reichswehrkontingents zu Friedenszeiten erforderte, war sie zumindest formal im Rahmen des Versailler Vertrags geblieben. Doch die wachsende Rolle General Schleichers in der deutschen Politik ließ die Reichswehr immer wagemutiger und dreister werden. In der zweiten Jahreshälfte begann ihre Führung unumwunden einen Vertragsbruch zu planen, nämlich eine signifikante Aufstockung des Truppenkontingents zu Friedenszeiten. Dieser von Schleicher am 7. November 1932 autorisierte »Umbauplan« sah unter anderem die Aufstellung eines stehenden Heeres aus einundzwanzig Divisionen mit einem Grundstock von 147000 Berufssoldaten und einer beträchtlichen Zahl von Reservisten vor. Im Herbst 1932 kehrte die deutsche Delegation den Genfer Abrüstungsverhandlungen den Rücken, um Frankreich und England zu zwingen, den Gleichstellungsstatus Deutschlands anzuerkennen. Gemeint war damit, dass in jedem Fall, ganz egal, zu welcher Einigung man auch gelangen würde, für alle Beteiligten dasselbe gelten musste. Doch Schleicher, der im Dezember 1932 Reichskanzler geworden war, scheute noch vor einem kompletten Bruch mit der internationalen Gemeinschaft zurück. Nachdem das Gleichstellungsprinzip konzediert worden war, kehrten die Deutschen nach Genf zurück. Hinter Schleicher stand allerdings eine aggressive Kohorte von Generälen, unter ihnen Werner von Blomberg, der nun offen die unilaterale Aufrüstung forderte. Eine solche Aufrüstung stellte jedoch vor eine Menge praktischer Probleme, die ihren ganz eigenen Zeitplan erforderten. Nachdem die Wirtschaftskrise mittlerweile auch ihren Tribut von der deutschen Maschinenbauindustrie gefordert hatte, war zu erwarten, dass die Industriekapazitäten, von denen letztlich jede Aufrüstung abhing, schon bald nicht mehr vorhanden sein würden, wenn der Staat nicht schleunigst finanziell eingriff.⁹⁵ Und das ebnete nun den ersten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung Schleicher den Weg. Denn einerseits ließen sich damit Militärausgaben vor den Blicken ausländischer Beobachter verbergen, andererseits schufen sie eine Möglichkeit, das deutsche Volk hinter dem Aufrüstungsprogramm in Stellung zu bringen.

Aus rein ökonomischer Sicht stand also keineswegs die Beschaffung von Arbeitsplätzen an oberster Stelle der deutschnationalen Agenda, sondern

vielmehr die Abschaffung der internationalen Obligationen des Reiches, wobei es in erster Linie um die Reparationen ging und erst in zweiter um die internationalen Kredite, die seit den zwanziger Jahren zur Bedienung der Reparationen aufgenommen worden waren. Bis 1932 hatte die Logik noch eine Kooperation mit den Vereinigten Staaten diktiert. Der Young-Plan hatte wenigstens für eine Verringerung der Annuitäten gesorgt, und nur der Druck aus den Vereinigten Staaten hatte überhaupt eine Chance für das endgültige Ende der Reparationen geboten. Deshalb ließen sich die Forderungen der Ultrationalisten noch eindämmen, und deshalb war die Bedienung der Schulden noch das Fundament einer respektablen Politik gewesen. Im Herbst 1932 sah die Lage jedoch ganz anderes aus. Auf der Konferenz von Lausanne stimmten die Briten und Franzosen im Juli 1932 einem Deal zu, der die Reparationspflicht Deutschlands de facto aufhob.⁹⁶ Und das taten sie bezeichnenderweise sogar gegen den Willen Amerikas, da sie die Aufhebung der Reparationen mit der Kündigung der Kriegsschulden koppelten, die sie selbst bei den Vereinigten Staaten angehäuft hatten. Großbritannien leistete im Dezember 1932 eine letzte Zahlung an die USA, doch nur unter Protest. Frankreich, Belgien, Polen, Estland und Ungarn kamen ihren Verpflichtungen ganz einfach nicht mehr nach. Der französische Premierminister Édouard Herriot hatte im Parlament eine vernichtende Niederlage erlitten, als er sich noch für eine Bedienung der Schulden Frankreichs einsetzte. Amerika konnte die Puppen in Europa nicht mehr tanzen lassen. Und das wirkte sich verheerend auf die deutsche Politik aus.

Im Januar 1933 schuldete Deutschland seinen ausländischen Gläubigern noch immer 19 Milliarden Reichsmark, darunter 10,3 Milliarden in Form von langfristigen und 4,1 Milliarden in Form von kurzfristigen Krediten, die durch das *Standstill Agreement* abgesichert waren.⁹⁷ Auf mindestens 8,3 Milliarden Reichsmark beliefen sich die Schulden bei den Vereinigten Staaten, dem weitaus größten Gläubiger. Und diese seit 1924 angesammelte Schuldenlast bedrohte den Lebensstandard der Deutschen nun nicht weniger ernsthaft, als es die Reparationen getan hatten, die nun vom Tisch waren. Um die Schulden zu bedienen, mussten deutsche Gläubiger Kapitalwerte und Zinsen in einer Höhe von jährlich insgesamt etwa einer Milliarde Reichsmark ins Ausland transferieren. Und da im Gegensatz zu den zwanziger Jahren in den Dreißigern keine neuen Kredite mehr zur Verfügung standen, war Deutschland mit der Aussicht konfrontiert, bald nur noch »Realtransfers« abwickeln zu können. Das heißt, man konnte nicht mehr einfach neues Geld aufnehmen, um alte Schulden zu begleichen; und wenn man seine Schulden trotzdem be-